Textilarbeiter-Zeitung

für die Interessen der Textilarbeiter und -Arbeiterinnen aller Branchen.

Redaktion: A. Heutmann in Düsseldorf 51, Cornelisstr. 66. Berichte, kleine Beiträge 2c. sind zunächst an den betr. Bezirksvorsitzenden einzusenden. Sämtliche Beiträge müssen bis Montags abends bei der Redaktion in Düsseldorf eingegangen sein.

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Die „Textilarbeiter-Zeitung" erscheint jeden Samstag und kostet vierteljährlich durch die Post bezogen 3,— Mk. Expedition und Druck von Joh. van Acken in Krefeld, Luth. Kirchstraße 65. Fernsprech-Nr. 1358.

Nr. 29. Telegramm-Adr.: Textilverband Düsseldorf. Düsseldorf, den 23. Juli 1910. Fernsprech-Nummer 4423. 12. Jahrgang.

Inhaltsverzeichnis.

Artikel: Die politische Interessenvertretung der christlich-nationalen Gewerkschaftsbewegung. — Die Reform der Krankenversicherung. — Dritter Verbandstag des Verbandes westdeutscher Konsumvereine. — Stimmen zur Verbandsgeneralversammlung. — **Aus dem Verbandsgebiete:** Lohnbewegungen und Arbeitsstreitigkeiten: Borken. — Aus unseren Bezirken: Bezirk Bocholt-Gronau. — Berichte aus den Ortsgruppen: Bocholt. — Gera (R. j. L.). — Greiz (R. ä. L.). — Neumünster. — **Aus unserer Industrie:** Ein internationales Samt- und Plüschsyndikat. — Von den Textilrohstoffmärkten im Juni. — Schädigung von Textilbetrieben durch Unwetter. — **Gewerkschaftliches:** Aus unseren Verbänden: Die 6. Generalversammlung des christlichen Metallarbeiterverbandes. — Der Gutenbergbund. — Ein frecher Schwindel über den christlichen Bauarbeiterverband. — Eine andere Meinung über die „Klimbim"-Vereine. — Ein schöner Erfolg des christlichen Keram- und Steinarbeiterverbandes. — Aus gegnerischen Organisationen: Herr Legien, der Sozialist und oberflächliche Religionsspötter. — Aus der ausländischen Arbeiterbewegung: Ein Gewaltakt gegen die christlichen Gewerkschaften in der Schweiz. — **Allgemeine Rundschau:** Soziale Rechtsprechung: Ein neues Urteil in Sachen der schwarzen Listen. — Allgemeines: Wohlfahrtspflege durch die Invalidenversicherung. — Briefkasten. — Versammlungskalender. — Adressenänderung. — Sterbetafel.

Die politische Interessenvertretung der christlich-nationalen Gewerkschaftsbewegung.

II.

Sowohl bei der Frage der Reichsfinanzreform, wie auch bei dem preußischen Wahlrechtsstreit suchte die sozialdemokratische Agitation die christliche Gewerkschaftsbewegung politisch zu engagieren. Etwa aus sachlichen Gründen? Nicht im entferntesten! Niemand glaubt daran, daß, falls die christlichen Gewerkschaften sich bei beiden Anlässen politisch engagiert hätten, praktische, im Interesse der Arbeiter gelegene Aenderungen hätten herbeigeführt werden können. In solch erregten Zeiten erweisen sich eben politische Einflüsse stärker als jene wirtschaftlicher Organisationen. Das hat sich selbst im sozialdemokratischen Lager bewahrheitet. Obwohl die Sozialdemokratie sich als Arbeiterklassenpartei geriert, hat sie bis vor wenigen Jahren gegenüber der Gewerkschaftsbewegung, die doch nur aus Arbeitern gebildet ist, in allen Fragen für sich die Priorität beansprucht. Und stets erwies sich der Einfluß der sozialdemokratischen Partei stärker als der der Gewerkschaftsbewegung. Das ist eklatant in die Erscheinung getreten gelegentlich des Cölner Gewerkschaftskongresses (1905) bei der Frage der Maifeier und des politischen Massenstreiks. Obwohl die Maifeier offenbar viele wichtige gewerkschaftliche Aktionen durchkreuzte, fühlte sich der Cölner Gewerkschaftskongreß nicht stark genug, einen Beschluß gegen deren Aufhebung herbeizuführen. Und auch bei der Diskussion des Generalstreiks erwiesen sich die sozialdemokratischen Parteiorganisationen und die Parteipresse als einflußreicher, wie die Führer der Gewerkschaften und die Gewerkschaftspresse. Wenn nun selbst im sozialdemokratischen Lager, zur Zeit als deren Gewerkschaften schon über 1½ Millionen Mitglieder verfügten, derartige Tatsachen in die Erscheinung traten, wieviel schwieriger liegen dann die Verhältnisse innerhalb bürgerlicher Parteien, wo nicht Arbeiter gegen Theoretiker und politische Schulmeinungen, sondern häufig gegen andere Volksschichten und Interessengruppen ankämpfen und sich schrittweise durchzusetzen bestrebt sein müssen, wobei dann ferner insbesondere noch zu berücksichtigen ist, daß die christliche Gewerkschaftsbewegung heute noch nicht über 1½ Millionen, sondern erst über rund 300000 Mitglieder verfügt!

Einstweilen konzentrieren die christlichen Gewerkschaften einmal ihre Kraft auf die Bessergestaltung der Arbeitsbedingungen. In dem Maße, in dem die christliche Gewerkschaftsbewegung Massenbewegung wird, steigt ganz von selbst auch ihr Einfluß im öffentlichen und gesellschaftlichen Leben. Dann wird er zweifellos auch nach den verschiedensten Richtungen hin noch weit mehr als bisher zugunsten der lohnarbeitenden Klassen in die Wagschale geworfen werden. Die Verstärkung ihres Einflusses suchen allerdings die christlichen Gewerkschaften auf einem anderen Wege zu erreichen, als auf demjenigen, den seither die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine eingeschlagen. Diese glauben die Arbeiterinteressen dadurch am besten wahrgenommen zu haben, daß sie zu allen möglichen und unmöglichen Fragen in abgerundeten Resolutionen und Petitionen Stellung nahmen, um dann, wenn ihren Wünschen nicht entsprochen wurde, nach sozialdemokratischer Manier die „reaktionären Parteien" herunterzumachen. Die christlichen Gewerkschaften dagegen suchen überall dazwischen zu dringen und in den jeweiligen Situationen, meistens ohne großen öffentlichen Spektakel, herauszuholen was möglich ist. Mit dem ewigen Raisonnieren gegen die „reaktionären bürgerlichen" Parteien kommt die nichtsozialdemokratische Arbeiterbewegung Deutschlands nicht vorwärts. Damit verleidet sie ihren Anhängern höchstens in den einzelnen Parteien die mühsame Durchsetzungsarbeit und löst auf die Dauer unter der nichtsozialdemokratischen Arbeiterwelt eine allgemeine Parteiverekelung aus, zum alleinigen Vorteile der Sozialdemokratie.

Die christlich-nationale Arbeiterschaft hat sich aus schwerwiegenden Gründen ihre eigenen gewerkschaftlichen Organisationen geschaffen. Sie wollte ihre berufswirtschaftlichen Interessen mit Entschiedenheit wahrnehmen, ohne dabei zum Verräter an ihren religiösen und nationalen Idealen zu werden, für die der christlich denkende Arbeiter nicht minder große Opfer zu bringen bereit ist, wie für die Verbesserung seiner sozialen und wirtschaftlichen Lage. In diesen Gedankengang kann man sich allerdings im sozialdemokratischen Lager so außerordentlich schlecht hineinfinden. Der Teil der Arbeiterschaft indes, der auf diesem Boden steht, muß und wird auf die Dauer zu der Erkenntnis kommen, daß es für ihn keine andere Möglichkeit gibt, als sich innerhalb der bestehenden Parteien politisch zu betätigen. Daß bei dieser Tätigkeit sich größere Schwierigkeiten auftürmen, ist richtig. Aber schließlich ist es doch besser, man arbeitet an der Ueberwindung dieser Schwierigkeiten mit, als daß man sich nach dem politischen Rezept der Sozialdemokratie trotzig isoliert und mit diesem Verhalten den Arbeitern nicht selten selbst den Weg zu praktischen Erfolgen verbarrikadiert.

Die sozialdemokratische Agitation betrachtet allerdings diesen Teil der Bestrebungen der christlichen Arbeiterschaft als „Halbheit und politische Hilflosigkeit". Daß aber nach sozialdemokratischer Art, die an den Gegenwartsstaat hohe Forderungen stellt zur gleichen Stunde, wo sie demselben Gegenwartsstaat die Mittel zu seiner Existenz verweigert, der Lohnarbeiterschaft nicht zu politischem und gesellschaftlichem Einfluß verholfen wird, darüber wird man sich gerade unter den fähigsten Köpfen innerhalb des sozialdemokratischen Lagers mit jedem Tage klarer. Die so Denkenden vermögen sich indes gegenüber der Agitationsphrase nicht durchzusetzen. Wir fragen ferner: wäre vielleicht den deutschen Arbeitern für die Gegenwart und die nächste Zukunft damit gedient, wenn sie geschlossen im sozialdemokratischen Lager und auf dem Boden der doktrinären sozialdemokratischen Politik ständen? Ganz im Gegenteil!

Die „Frankfurter Zeitung" schrieb einmal vor nicht langer Zeit (Nr. 165/06): „Heute wird in Deutschland die Reichspolitik viel mehr durch die geringe Zahl klerikaler Arbeiter beeinflußt, als durch die ganze sozialdemokratische Masse; .... sie (die christlichen Arbeiter. D. V.) bilden die eigentliche Stütze des Reichstagswahlrechtes". Ist es weiter etwa Zufall, daß die Scharfmacher und Reaktionäre — also die extremsten Gegner der Arbeiter — den Tag geradezu herbeisehnen, an dem die christliche Gewerkschaftsbewegung von der Bildfläche verschwinden bezw. in der sozialdemokratischen aufgehen möchte?

Das „Berliner Tageblatt", das den christlichen Gewerkschaften alles eher als freundlich gegenübersteht, sagte in seiner Nummer 244/10 sehr richtig:

„Wohl hassen die Schlotjunker die Sozialdemokratie, die die Arbeiterschaft politisiert und die Hände „von ehedem zu einheitlichem Handeln zusammengefaßt" hat. Aber inniger und herzhafter noch als die Sozialdemokratie hassen sie die christlichen Organisationen der Arbeiter. Denn die haben ihnen das Konzept des Kampfes gegen den „inneren Feind" verdorben. Wie bequem und wirkungsvoll ließ sich der wirtschaftliche Kampf vordem doch auf politischem Gebiete führen! Die Sozialdemokratie „atheistisch, antinational und revolutionär"! Wie einfach ließ sich daraus der Begriff der „Ordnungsparteien" ableiten. Wie überzeugend klang die biedere Forderung, gegen den „inneren Feind" müßten alle zusammenstehen und um der staatlichen Ordnung willen hätten auch liberale Parteien die reaktionärsten Gesetze zu bewilligen! All das zieht nicht mehr, seit es starke christliche Organisationen gibt, die kirchlich, national und monarchisch gesinnt sind und die wirtschaftlichen Kämpfe gelegentlich doch Seite an Seite mit der Sozialdemokratie durchfechten."

Aus der Verbindung mit bürgerlichen Parteien entstehen also den Arbeitern nicht bloß gewisse Schwierigkeiten, sondern auch eine Anzahl nicht zu unterschätzender Vorteile. Die Scharfmacher würden in Deutschland bei der gegenwärtigen politischen Taktik der Sozialdemokratie ohne christliche Gewerkschaftsbewegung noch zu bedeutend größerem Einfluß gelangen, und zwar ausschließlich auf Kosten der Arbeiter. Schließlich darf auch an die Tatsache erinnert werden, daß schon manche sozialdemokratische Arbeiterführer in kritischen Situationen froh waren, daß an großen entscheidenden Kämpfen neben sozialdemokratischen auch christliche Organisationen beteiligt waren. Vielleicht lassen ehrlichere Sozialdemokraten diese Gesichtspunkte einmal etwas auf sich einwirken und gelangen dann in manchen Fragen zu einer gerechteren Beurteilung der christlichen Gewerkschaften, auch dann, wenn deren Verhalten von dem sozialdemokratischen Schema abweicht.

Die Reform der Krankenversicherung.

Die Grundlage für das heute giltige Krankenversicherungsgesetz wurde im Jahre 1883 gelegt. Mit 216 gegen 99 Stimmen nahm damals der Reichstag das Gesetz betreffend die Krankenversicherung der Arbeiter an. In den Jahren 1892, 1900, sowie im Jahre 1903 wurde das Gesetz verbessert und ergänzt. Nun liegt dem Reichstag wieder eine Reformvorlage zur Beratung vor. Die mit dieser schwierigen Arbeit betraute Kommission hat den Teil der Reichs-Versicherungsordnung, der sich auf die Krankenkassen bezieht, das zweite Buch, beinahe fertig durchberaten.

Das Ergebnis ist entsprechend den Vorschlägen der Regierungen, eine erhebliche

Ausdehnung der Versicherungspflicht.

Etwa sieben Millionen Personen werden in Zukunft mehr als bisher der Krankenversicherung unterworfen sein. Im neuen Gesetze werden nicht wie bisher bestimmte Betriebe aufgezählt und die darin beschäftigten Arbeiter als versicherungspflichtig erklärt, jetzt werden einfach die Kategorien genannt, welche den Krankenkassen beitreten müssen.

Der genannte Paragraph bringt insofern noch eine weitere Verbesserung, als durch Erhöhung der Einkommensgrenze von 2000 auf 2500 M. auch besser bezahlte Arbeiter, Werkmeister, Techniker 2c. der Krankenversicherung unterstellt werden. Ein Antrag des Zentrums, die Versicherungspflicht für alle Personen mit einem Einkommen bis zu 3000 M. anzuordnen, wurde abgelehnt.

Ein großer Fortschritt bedeutet zweifellos die Einbeziehung der

land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter sowie der Dienstboten.

Bisher war es den Gemeinden überlassen, ob sie für die Dienstboten Kassen einrichten wollten oder nicht. Geschah das erstere, so meist in recht unzulänglicher Weise in Form der Gemeindeversicherung. Die nun für die Dienstboten und Landarbeiter vorgesehene Kassenform, die Landkasse, ist allerdings auch keine ideale Einrichtung. Doch tritt diese Frage, auf die noch zurückzukommen sein wird, mehr in den Hintergrund, wenn man den Gewinn der obligatorischen Versicherung dieser Arbeiterkategorien in Betracht zieht. Dazu kommt, daß sich nun auch die Hausgewerbetreibenden und Heimarbeiter versichern müssen.

Die ihnen dadurch auferlegte Last wird durch die Wohltaten der Versicherung reichlich aufgewogen. Einige Schwierigkeiten bei der Durchführung derselben werden ja wohl entstehen. Die Kommission hat sie aber nicht als so groß erachtet wie die Regierungen und deshalb eine Reihe von den vorgesehenen Ausnahmebestimmungen gestrichen.

Neben der Versicherungspflicht steht die

Versicherungsberechtigung.

Nach den Beschlüssen der Kommission können versicherungsfreie Beschäftigte der oben bezeichneten Kategorien von Personen freiwillig der Versicherung beitreten, wenn ihr jährliches Gesamteinkommen 2500 M. nicht übersteigt. Unter denselben Voraussetzungen können sich die Familienangehörigen des Arbeitgebers freiwillig versichern, wenn sie ohne Arbeitsvertrag in seinem Betriebe beschäftigt sind. Gewerbetreibende und andere Betriebsunternehmer können ebenfalls freiwillig der Versicherung beitreten, wenn sie regelmäßig nicht mehr als zwei versicherungspflichtige Personen beschäftigen oder ihr jährliches Gesamteinkommen 2500 M. nicht übersteigt. Der Gesetzentwurf enthält außerdem einen Paragraphen, der dem Bundesrat das Recht einräumen will, die Versicherungspflicht auf Gewerbetreibende bestimmter Berufszweige auszudehnen. Die Beratung dieses Paragraphen wurde einstweilen zurückgestellt.

Die Kassen werden durch das Gesetz zu Regel- oder Mindestleistungen verpflichtet und es wird ihnen das Recht eingeräumt, Mehrleistungen zu gewähren. Die Kommission genehmigte die im Entwurf vorgesehene

Regelleistung

und erweiterte das Recht auf Mehrleistung. Als Krankenhilfe ist zu gewähren:

ärztliche Behandlung, Versorgung mit Arznei, sowie Brillen, Bruchbänder und andere kleine Heilmittel. Sodann Krankengeld in Höhe des halben Grundlohnes, im Falle die Krankheit arbeitsunfähig macht. Krankengeld ist zu gewähren vom vierten Krankheitstage an, wenn aber die Arbeitsunfähigkeit erst später eintritt, dann vom Tage des Eintritts an. Die Krankenhilfe endet spätestens mit Ablauf der 26. Woche nach Beginn der Krankheit oder des Krankengeldbezuges.

An Stelle des Krankengeldes kann die Kasse Kur und Verpflegung in einem Krankenhause gewähren. Versicherte, die einen eigenen Hausstand haben, können nur mit ihrer Zustimmung oder aber nur bei besonderen Krankheiten in ein Krankenhaus verwiesen werden.

Neu ist die Bestimmung, daß die Kasse mit Einwilligung der Versicherten

Hilfe und Wartung auch durch Krankenpfleger oder Krankenschwestern

gewähren kann. Das insbesondere dann, wenn die Aufnahme in ein Krankenhaus nicht möglich ist, oder wenn ein wichtiger Grund vorliegt, den Kranken in seiner Familie zu belassen. Wird einem Versicherten Krankenhauspflege gewährt, so ist seinen Angehörigen ein Hausgeld zu geben, in Höhe des halben Krankengeldes; das aber nur dann, wenn er diese ganz oder überwiegend unterhalten hat.

Als

Mehrleistung

ist erlaubt: die Ausdehnung der Krankenhilfe auf ein Jahr. Genesende können bis zur Dauer eines Jahres nach Ablauf der Krankenhilfe in einem Genesungsheim ausgeheilt werden; die Kasse kann auch orthopädische Heilmittel, die zur Herstellung der Arbeitsfähigkeit notwendig sind, gewähren; das Krankengeld darf bis auf ⅔ des Grundlohnes erhöht und auch für Sonn- und Festtage bewilligt werden; dasselbe kann in bestimmten Fällen z. B. wenn ein Betriebsunfall vorliegt, vom ersten Tage der Arbeitsunfähigkeit an gezahlt werden; weiter ist zulässig die Gewährung von Krankenkost, Wochenhilfe an versicherte Wöchnerinnen auf die Dauer von acht Wochen, Gewährung von Schwangerenunterstützung in Höhe des Krankengeldes bis zur Gesamtdauer von 6 Wochen. Versicherungspflichtigen Ehefrauen werden im Falle der Niederkunft die erforderlichen Hebammendienste und etwaige ärztliche Geburtshilfe gewährt. Die Satzung kann dieses allen versicherungspflichtigen Wöchnerinnen zubilligen. Wöchnerinnen, die ihr Neugeborenes stillen, können auf die Dauer von 12 Wochen ein Stillgeld erhalten bis zur Höhe des halben Krankengeldes.

Ein Teil dieser Mehrleistungen war bisher schon erlaubt und sind auch von gutsituierten Kassen gewährt worden. Alle diese erlaubten Leistungen durchzuführen wird auch in Zukunft nur solchen und gutgeleiteten Kassen möglich sein. Eine große Rolle spielen dabei selbstverständlich die

Beiträge.

Mit ganz niederen Beiträgen sind all diese vorgesehenen Leistungen nicht durchzuführen. Die Kommission hat deshalb auch die Lohnsätze, nach denen die Leistungen der Kassen sowie der Beiträge bemessen werden, entsprechend erhöht. Es dürfen in Zukunft bis zu 6% des verdienten, bezw. des festgesetzten Grundlohnes als Beitrag erhoben werden.

Einschlägig ist weiter der § 195. Derselbe lautet nunmehr, nachdem die Kommission die Lohnsätze erhöht hat, wie folgt:

„Die baren Leistungen der Kassen werden nach einem Grundlohn bemessen. Als solcher gilt der durchschnittliche Tagesentgelt derjenigen Klassen Versicherter, für welche die Kasse errichtet ist, bis fünf Mark für den Arbeitstag.

Die Satzung kann den durchschnittlichen Tagesentgelt auch nach der verschiedenen Lohnhöhe der Versicherten stufenweise bis auf höchstens sechs Mark festsetzen.

Sie kann statt des durchschnittlichen Tagesentgelts den wirklichen Arbeitsverdienst der einzelnen Versicherten bis sechs Mark für den Arbeitstag als Grundlohn bestimmen.

Die Bildung der Lohnklassen (Abs. 1 und 2) bedarf der Genehmigung des Oberversicherungsamts (Beschlußkammer).

Für freiwillig Beitretende, für die sich hiernach kein Grundlohn ermitteln läßt, bestimmt ihn die Satzung."

Sind die hierdurch einkommenden Beträge ausreichend, ist die Kasse leistungsfähig, so kann die Satzung auch

versicherungsfreien Familienmitgliedern

der Versicherten Krankenpflege, Wochenhilfe und Stillgeld zubilligen; ebenso Sterbegeld, für den Ehegatten bis auf ⅔, für ein Kind bis auf die Hälfte des Mitglieder-Sterbegeldes. Für die letzteren ist als Pflichtleistung der 20fache Betrag des Grundlohnes als Sterbegeld zu zahlen. Diese Summe kann verdoppelt werden.

Der

Anspruch auf die Leistungen

beginnt verschieden. Für die Versicherungspflichtigen entsteht der Anspruch auf Regelleistung mit ihrer Mitgliedschaft. Für die Versicherungsberechtigten kann die Satzung eine Wartezeit von höchstens sechs Wochen vorschreiben.

Sie kann ferner bestimmen, daß der Anspruch auf Mehrleistungen der Kasse erst nach einer Wartezeit von höchstens sechs Monaten nach dem Beitritt entsteht. Die Barleistungen werden mit Ablauf jeder Woche ausbezahlt, ausgenommen das Sterbegeld. Ansprüche auf Kassenleistungen verjähren in zwei Jahren nach dem Tage der Entstehung.

Der so oft ausgesprochene Wunsch,

die verschiedenen Arten von Kassen zu beseitigen

und nur eine Kassenart zu schaffen, ist nicht in Erfüllung gegangen. Der auf die Betriebskrankenkassen bezügliche grundlegende Paragraph ist zwar von der Kommission gestrichen worden. Die Regierungen erklärten jedoch hierauf, daß, wenn diese Kassen fielen, sie kein Interesse mehr an der Weiterberatung des Gesetzes hätten, das ganze Gesetz also falle. Die Kommission nahm deshalb die weiteren auf die Betriebskassen bezüglichen Paragraphen in Beratung und sie wird zweifellos in der zweiten Lesung auch den grundlegenden Paragraphen wieder aufnehmen. Wie es diesbezüglich mit den gleichfalls gestrichenen besonderen Ortskassen gehalten werden wird, ist nicht bestimmt vorauszusagen. Nach den Beschlüssen der ersten Lesung blieb der § 235 der Vorlage unverändert. Er lautet:

„Krankenkassen nach diesem Gesetze sind die Ortskassen, die Landkrankenkassen, die Betriebskrankenkassen und die Innungskrankenkassen. Orts- und Landkrankenkassen sind in der Regel innerhalb des Bezirks eines Versicherungsamtes zu errichten."

Durch Landesgesetzgebung kann bestimmt werden, daß keine Landkassen neben den allgemeinen Ortskassen errichtet werden. Neben dieser Kasse wird keine Landkasse errichtet, wo die Landkasse nicht mindestens 500 Mitglieder hat, ebenso ist es im umgekehrten Verhältnis.

Versicherungspflichtige, die weder in eine knappschaftliche Kasse, noch in eine Betriebs- oder Innungskasse gehören, sind Mitglieder der allgemeinen Orts- oder der Landkrankenkasse ihres Erwerbszweigs und Beschäftigungsortes. Mitglieder der Landkassen sind die in der Landwirtschaft Beschäftigten, die Dienstboten, die im Wandergewerbe Beschäftigten sowie die Hausgewerbetreibenden und ihre hausgewerblich Beschäftigten. Durch Kommissionsbeschluß wurde aufgenommen, daß Gärtner im allgemeinen Mitglieder der Ortskasse sein sollen.

S. P.

Dritter Verbandstag des Verbandes westdeutscher Konsumvereine.

Der Verband westdeutscher Konsumvereine, der die besten Beziehungen zu der christlich-nationalen Arbeiterbewegung unterhält, hielt am Sonntag, den 10. Juli, seinen diesjährigen Verbandstag in M.-Gladbach ab, den ersten nach dem Verlauf eines vollen Jahres. Diesmal mußte es sich zeigen, ob die s. Z. vorgenommene Gründung dieses Verbandes berechtigt und notwendig war, ob seine Leistungen den auf ihn gesetzten Hoffnungen entsprachen. Diejenigen, die an der Tagung teilgenommen haben, werden wohl einstimmig der Ansicht sein, daß der Verband westdeutscher Konsumvereine in der kurzen Zeit seines Bestehens bewiesen hat, daß er sich in der Vertretung der konsumgenossenschaftlichen Interessen von keinem überbieten lassen will. Sein neutraler Charakter sichert ihm einen weit höheren Einfluß bei den maßgebenden Faktoren in Reich und Staat, als wie dies bei dem Zentralverbande in Hamburg bezw. seinem Unterverbande der rheinisch-westfälischen Verbände, Sitz Remscheid, der Fall ist.

So waren denn auch auf obigem Verbandstage neben 142 Delegierten u. a. die Abgeordneten Generaldirektor Dr. Pieper und Kollege Giesberts vertreten. Als Vertreter des Volksvereins für das katholische Deutschland nahm Direktor Dr. Brauns an den Verhandlungen teil. Der Gesamtverband christlicher Gewerkschaften hatte den Gewerkschaftsbeamten Vogelsang in Essen zu der Tagung entsandt. Direktor Feldmann vertrat den Verband rheinpreußischer landwirtschaftlicher Genossenschaften und seinen Verbandsdirektor Geheimrat Dr. Havenstein, Bonn. Außerdem war anwesend der Vertreter der Mittelstandsabteilung beim Volksverein, Dr. Höfle.

Verbandsdirektor Schlack betonte bei der Eröffnung, daß die Anwesenheit einiger Abgeordneter von den Erschienenen angenehm empfunden würde, umsomehr, als ähnliche Veranstaltungen mittelständlerischer Organisationen sich stets des Besuches einer größeren Anzahl Abgeordneter zu erfreuen hätten. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß in Zukunft eine der Wichtigkeit der Konsumgenossenschaftsbewegung entsprechende Anzahl dieser Herren anwesend sein möge. Abgeordneter Dr. Pieper wies darauf hin, daß er als Abgeordneter erschienen sei, um sich über die Wünsche der Konsumgenossenschaften zu orientieren. Dr. Brauns erwähnt die Eigenart des Volksvereins, der die verschiedenen Stände umfasse. Derselbe könne die Vertretung der wirtschaftlichen Interessen nur insoweit wahrnehmen, als es im Rahmen seiner Gesamtzwecke möglich sei. Diese erforderten die Zusammenführung der verschiedenen Stände auf einer gemeinsamen Linie zur Pflege sozialer Reform. Diese Situation benötige für den Volksverein eine gewisse Neutralität den Konsumvereinen gegenüber. Auf dem Boden dieser Neutralität könne der Volksverein vorhandene Schärfen abschwächen. Gewerkschaftsbeamter Vogelsang-Essen überbrachte die Grüße des Gesamtverbandes christlicher Gewerkschaften und wies auf die vielen Berührungspunkte hin, die zwischen Gewerkschaft und Genossenschaft bestehen. Beide dienten der wirtschaftlichen und sozialen Besserstellung der arbeitenden Stände und hätten daher ein Recht auf gegenseitige Unterstützung. Der Verband westdeutscher Konsumvereine habe die volle Sympathie der Leitung des Gesamtverbandes, die seinen Bestrebungen auch in der Zukunft ihre volle Unterstützung versichere. Innerhalb der Konsumgenossenschaftsbewegung müsse eine noch größere Zentralisation Platz greifen, damit auch auf diesem Gebiete des wirtschaftlichen Fortschrittes durch den Zusammenschluß Großes geschaffen werde. Im Interesse der christlich-nationalen Arbeiterbewegung sei allen Vereinen der Anschluß an den Verband westdeutscher Konsumvereine zu empfehlen.

Direktor Schlack erstattet den Jahresbericht, der ein erfreuliches Bild des Entwickelung dieses Verbandes zeigt. Mit 48 Vereinen Ende 1908 gegründet, zählt derselbe heute bereits 71 Vereine von Rheinland und Westfalen zu seinen Mitgliedern. Der Zuwachs würde ein weit größerer sein, wenn nicht acht Vereine infolge Verschmelzung mit bestehenden Vereinen aus dem Verbande ausgeschieden wären. Der Gesamtumsatz der Vereine stieg von 9 717 112,39 auf 12 460 497,39, mithin ein Mehr von 2 743 385,— Mark.

Die Gesamtbilanz der angeschlossenen Vereine stellt sich wie folgt:

	1908	1909	Steigerg. gegen das Vorjahr
Aktiva			
Kassenbestand	106 216,01	170 648,37	60,2%
Bankbestand	519 463,63	658 548,82	26,7%
Warenbestand	729 105,42	933 459,64	28,0%
Immobilien	336 866,68	837 107,85	148,5%
Inventar	174 143,46	180 463,04	3,6%
Debitoren	53 242,81	85 376,63	60,4%
	1 919 037,99	2 865 603,35	
Passiva			
Warenschulden	281 539,11	362 382,92	28,7%
Geschäftsguthab.	439 004,38	648 514,90	47,7%
Reserven	167 179,39	329 602,01	97,0%
Hypotheken u.	207 352,65	299 008,37	44,0%
Spareinlagen	82 434,56	259 354,97	214,7%
Kautionen	12 643,24	13 902,90	9,5%
Ueberschuß:	1 190 203,31	1 912 766,07	
Rabatt-Sparguthaben		527 352,22	30,7%
Ueberschuß	728 834,68	425 487,06	
	1 919 037,99	2 865 605,35	

Schlack besprach den augenblicklichen Kampf der Mittelständler gegen die Konsumvereine und hält diesen Kampf für diejenige Kraft, die stets das Böse will und doch das Gute schafft. Unaufhaltsam schreite die Konsumgenossenschaftsbewegung vorwärts, trotz der furchtbaren Hetze der Gegner. Von den maßgebenden Faktoren in Reich und Staat fordert Redner gerechte Beurteilung und Würdigung der Konsumgenossenschaftsbewegung.

Abgeordneter Kollege Giesberts besprach ausführlich die Steuerfrage. Er hält die Forderung des Verbandes nach keiner weiteren Ausnahmebesteuerung der Konsumvereine für durchaus berechtigt. Vom allgemein volkswirtschaftlichen wie auch vom sozialpolitischen Standpunkte aus sei die Konsumgenossenschaftsbewegung zu begrüßen. Redner bespricht alsdann die Forderungen der Mittelständler. An ein Verbot der Konsumvereine sei nicht zu denken. Der gleiche Charakter der verschiedenen Genossenschaften fordere eine gleiche Behandlung. Eine Reform des heutigen Genossenschaftsgesetzes unter Zurücksetzung der Konsumgenossenschaften hält derselbe für ausgeschlossen. Die von den Mittelständlern geforderte Umsatzsteuer ist seiner Ansicht nach nicht im Stande, die großkapitalistischen und genossenschaftlichen Betriebe aufzuhalten. Sehr leicht könne eine solche aber zum Schaden der mittleren und kleinen Geschäftsleute ausschlagen. Eine Filialsteuer, die als Erdrosselungssteuer für die Konsumvereine gedacht ist, komme ebenfalls nicht in Frage. Abg. Giesberts hält eine Verständigung zwischen den Abgeordneten und den Konsumvereinen für notwendig, sofern die Forderungen der Mittelständler stärker an die Parlamente gelangen. Bei allem Verständnis für die Notlage des Mittelstandes könne man die wirtschaftliche Entwickelung aber nicht um ein halbes Jahrhundert zurückschrauben.

Direktor Schlack erklärt, an dem prinzipiellen Standpunkt der Steuerfreiheit müsse unbedingt festgehalten werden, doch seien die Konsumvereine bereit, sich mit den gegebenen Verhältnissen abzufinden, jede weitere Ausnahmebesteuerung werde von diesen aber energisch zurückgewiesen.

Der von Verbandssekretär Braun erstattete Kassenbericht zeigte auch nach der finanziellen Seite hin ein durchaus erfreuliches Bild des Verbandes. Das Organ des Verbandes erscheint in einer Auflage von 21 000 Exemplaren. Der Bericht des Sekretariats wie auch der über stattgefundene Revisionen wurde von Verbandssekretär Braun erstattet.

Abends fand eine öffentliche Versammlung statt, die von ca. 1000 Personen besucht war. Verbandsdirektor Schlack hielt einen Vortrag über „Die Konsumgenossenschaftsbewegung, ihre Freunde und Gegner", während Geschäftsführer Bissels über „Die gegenseitige Ergänzung von Gewerkschaft und Genossenschaft" sprach. Das zweite Referat fand eine eingehende Ergänzung durch den Vertreter des Gesamtverbandes, Herrn Vogelsang-Essen. Montags fand der gemeinsame Einkauf statt, dem ein eingehendes Referat des Geschäftsführers Bissels über „Genossenschaftliche Agitation" vorausging.

Der Verband westdeutscher Konsumvereine darf mit dem Verlauf seines diesjährigen Verbandstages, der nach außen hin glänzend, nach innen stärkend und fördernd in die Erscheinung trat, in jeder Beziehung zufrieden sein. Allen Vereinen, die bestrebt sind, sich selbst und der Gesamtbewegung zu dienen, kann der Anschluß an den Verband westdeutscher Konsumvereine (Sitz Mülheim a. Rh.) nur dringend angeraten werden.

Stimmen zur Verbands-Generalversammlung.

Mehr Agitation unter den Arbeiterinnen.

Die Diskussion zur Verbands-Generalversammlung ist nunmehr eröffnet, und da ist es wünschenswert und nützlich, daß sich auch die Kolleginnen unseres Verbandes rege daran beteiligen, ihre Wünsche und Beschwerden zum Ausdruck bringen.

Der Leitartikel in Nr. 24 des Verbandsorgans weist bereits auf Arbeiterinnenkonferenzen hin, die vorzüglich die Aufgabe hätten, den besonderen Wünschen der Arbeiterinnen Rechnung zu tragen und auch geeignet wären, bessere Fühlungnahme mit den konfessionellen Arbeiterinnenvereinen zu entfalten.

Wir machen auch in der Agitation unter den Arbeiterinnen die verschiedensten Erfahrungen, und da könnte es nur zu empfehlen sein, wenn sich die Kolleginnen von Zeit zu Zeit aus den naheliegenden Ortsgruppen gegenseitig aussprechen würden. Manche gute Anregung und viele praktischen Winke für die innere und äußere Festigung des Gewerkschaftsgedankens wären gewiß das Resultat solcher Besprechungen.

Auch durch gemeinsame Unterrichtskurse wäre sehr viel zu erreichen. Es muß überhaupt den letzteren im allgemeinen mehr Beachtung geschenkt werden, als das leider mancherorts bis heute der Fall war. „Wir brauchen," so wird in allen Versammlungen betont, „zur Vorwärtsentwicklung unseres Verbandes und zur Verwirklichung unserer Ideale eine Kerntruppe, einen Stamm gut geschulter und opferfreudiger Gewerkschaftler", und der könnte gerade in den Unterrichtskursen geschaffen werden. Möge die diesjährige Generalversammlung dazu beitragen, daß die Unterrichtskurse, wo solche schon bestehen, immer mehr ausgebaut werden und an Orten, wo leider noch keine vorhanden sind, sie in Bälde zur Einführung gelangen. Wenn die Zahl der Teilnehmer auch anfangs eine minimale sein sollte, lassen wir uns nicht entmutigen, die Mühen und Arbeiten eines Unterrichtskursus werden immerhin mit Erfolg gekrönt sein. Stoff zur Behandlung in denselben gibt es ja in Hülle und Fülle, es brauchen ja nicht ausschließlich gewerkschaftliche Themata behandelt zu werden. Mit Rücksichtnahme auf die Kolleginnen könnten auch Fragen erörtert werden, die speziell sie interessieren. Viel eher läßt sich eine Arbeiterin in dem Unterrichtskursus bewegen, in der Diskussion das Wort zu ergreifen, als in einer größeren Versammlung. In einer anregenden Diskussion fehlt es auch manchmal in unseren Versammlungen, und da käme für die Ausbildung und Uebung der Diskussionsrednerinnen der Unterrichtskursus in segensreicher Weise in Betracht.

Ferner möchte ich auch den Antrag zur Diskussion stellen: wäre es vielleicht nicht angebracht, bei den Delegiertenwahlen zur Verbands-Generalversammlung die Wahlen für die Kolleginnen getrennt vorzunehmen? Ueberall wird ja das nicht angängig sein. Wo sich aber, in größeren Ortsgruppen, die Mitglieder größtenteils aus Kolleginnen zusammensetzen, ließe sich das sehr gut durchführen. Ich denke mir die Sache so: in den Wahlbezirken, welche 500 weibliche Mitglieder zählen, möge man die Delegiertenwahlen getrennt vornehmen und zwar aus dem Grunde, weil dann die Kolleginnen auch die sichere Gewähr hätten, auf ihre Rechnung zu kommen. Es soll damit keineswegs gesagt sein, daß die Kolleginnen bisher nicht berücksichtigt wurden, nein, aber ich würde dennoch getrennte Wahlen, wo es eben die Verhältnisse gestatten, dringend empfehlen. Mögen sich die Kolleginnen über diesen Punkt rege aussprechen, damit die Verbands-Generalversammlung auch den Wünschen voll und ganz entsprechen kann.

Mülhausen i. Elf. Elise Recht.

Wiederanrechnung alter Rechte. — Eine neue Beitragsklasse. — Keine Anerkennung für treue Verbandsdienste.

Wie in Nummer 24 unseres Organs zu ersehen war, hat der Zentralvorstand einige Neuerungen in unserem Verbande zur Generalversammlung beabsichtigt, die mich veranlassen, an dieser Stelle einige Worte darüber zu schreiben.

1. Es sollen jene Mitglieder, die früher in unserer Organisation waren und aus derselben ausgetreten sind, ihre früheren Rechte wieder erlangen, wenn sie wieder eine bestimmte Zeit Mitglieder sind. Dieses ist meiner Ansicht nach ein sehr nützlicher und praktischer Weg, die einmal verlorenen Mitglieder wieder gewinnen zu können. Es kommt oft vor, daß durch irgend eine Hetze oder weil vielfach der Nutzen und ideelle Wert der Organisation noch nicht genügend verstanden wurde, Mitglieder nach kürzerer oder längerer Mitgliedsdauer der Organisation den Rücken kehren. Ich bin der Ueberzeugung und verspreche mir auch an meinem Orte einen Erfolg davon, daß dadurch, wenn wieder beigetretenen Mitgliedern vielleicht nach 52 geleisteten Beitragswochen ihre früheren Beiträge wieder angerechnet werden, sicher wieder viele zu ihrer Organisation zurückkehren. Selbstverständlich sollen damit nur ordnungsgemäß ausgetretene Mitglieder gemeint sein. Zudem sollten aber auch die Beiträge jener angerechnet werden, die bis jetzt schon wieder zurückgekehrt sind zu ihrer Organisation. Das ist durchaus ein begrüßenswerter Gedanke, der hier zum Ausdruck kommt, daß man den früher ausgeschiedenen Mitgliedern ihre vielleicht hart verdienten Pfennige, die sie opferten, wieder in Anrechnung bringt.

2. Bedenklich ist es mit einer niedrigen Beitragsklasse. Wir haben doch in einer Zeit schlechter Konjunktur eine Beitragserhöhung durchgeführt, dann muß doch in einer Zeit besserer Konjunktur jeder Arbeiter und jede Arbeiterin imstande sein, höhere Beiträge zu bezahlen. Es wird hier nur an der Aufklärung gelegen sein über den Nutzen einer höheren Beitragsklasse. An den Ortsgruppenvorsitzenden, Vertrauensleuten usw. wird es liegen, daß hier richtig Aufklärung geschaffen wird, denn kommt es auf eine Unterstützung an, dann sind alle Kollegen und Kolleginnen froh, wenn sie höheren Anspruch haben. In meiner Ortsgruppe wählten schon viele Kolleginnen das Klügere, und sind, trotzdem der Verdienst kein besonders günstiger ist, einer höheren Beitragsklasse beigetreten, als zu der sie verpflichtet wären, weil sie daraus auch ihren Nutzen in den Tagen der Not sehen. In manchem Orte mag es ja schließlich so sein, daß der Verdienst ein sehr magerer ist und man fast nicht im Stande ist, die Verbandsbeiträge aufzubringen. Dort wäre es ja schließlich angebracht, daß für Kolleginnen der Beitrag für das erste Jahr ein niedriger wäre. Für die Kollegen sollte es aber doch lieber bei der bisher festgesetzten Beitragsklasse bleiben.

3. Anerkennung für treue Verbandsdienste. Gewiß, manche Kollegin und mancher Kollege bringen große Opfer für die Organisation und setzen Tag und Nacht, oft dazu noch einen Teil ihrer Gesundheit, daran, um die Organisation vorwärts zu bringen. Das verdient gewiß alle Anerkennung. Mein Vorschlag zu der äußeren Anerkennung für treue, selbstlose Mitarbeiter wäre dieser, daß sie sich die Anerkennung selbst verschaffen, dadurch daß sie danach trachten, immer mehr und mehr Anhänger für die christliche Gewerkschaftsfahne zu gewinnen und nicht zu ruhen und zu rasten, bis der letzte christlich denkende Arbeiter unserer christlichen Organisation zugeführt ist. Wer dieses getan hat, der hat Großes und Gutes getan, und wer eine große Schar gewonnen hat, der hat sicher auch die Anerkennung gewonnen. Das christliche Ideal, aufopfernde Liebe zur christlichen Arbeiterbewegung, verschafft uns Anerkennung und führt uns zu unserm Ziele.

Friedberg. J. R.

* * *

Neue Beitragsklasse. — Vorschläge zur Hausagitation. — Aenderung des Unterstützungswesens.

Schon zur letzten Generalversammlung in Augsburg stellte ich einen Antrag, in welchem unter anderem der Gedanke einer niederen Beitragsklasse ausgesprochen war. Nunmehr möchte ich wiederum vorschlagen: In den ersten zwei Jahren der Mitgliedschaft bezahlen Kollegen wöchentlich 15 Pfg. Wochenbeitrag, Kolleginnen 10 Pfg. Sie können aber auch freiwillig sofort eine höhere Klasse wählen. Der großen Masse mangelt es an Einsicht, Weitblick und Opfersinn.

Durch eine zweijährige Erziehung würde solchen die „Blende" von den Augen fallen. Wenn die hohen Ideale, die sich die christlichen Gewerkschaften gestellt haben, einmal erkannt sind, dann werden die Mitglieder, angespornt durch die höheren Unterstützungssätze, von selbst in höhere Klassen treten. Als im Jahre 1906 unsere Ortsgruppe errichtet wurde, war mir der Beitrag von damals (Wochenbeitrag 30 Pfg.) auch viel zu hoch. Einen Schwur hätte ich damals darauf machen können, daß ich nicht nach drei Jahren in die 50 Pfg. Klasse, in der ich seit ½ Jahr zahle, eintreten würde.

In Gegenden, wo sich die Industriearbeiter zum Teil noch mit Landwirtschaft beschäftigen, ist die Agitation eine sehr schwierige. Mit einem kleinen Beitrage würden diese Leute eher zu gewinnen sein. Die Unterstützungen sind solchen Nebensache, denn bei Arbeitslosigkeit, Streik, Aussperrung usw. haben sie ihr Auskommen daheim zu Hause. Ich bin auch der Ansicht, daß diesen Arbeitern später (vielleicht nach zwei Jahren) die Freiheit gelassen werden soll, in die 20 Pfg. (für weibliche Mitglieder) bezw. 30 Pfg. (für männliche) Klasse zu treten. Die Entscheidung soll der Ortsgruppenvorstand treffen.

Es könnte diesen Mitgliedern eine Streikunterstützung bezahlt werden bei 10 Pfg. wöchentlich 4 M., bei 15 Pfg. wöchentlich 5 M. Die Höhe der Maßregelungsunterstützung soll dem Zentralvorstand anheim stehen. Andere Unterstützungen brauchten keine gegeben zu werden.

Betreff der Arbeitslosenunterstützung möchte ich vorschlagen: „In allen unverschuldeten Arbeitslosenfällen, gleichviel welcher Art, wird die Unterstützung vom dritten Tage an bezahlt." Der § 8 Seite 21 des Statuts tritt außer Kraft, ebenso der Passus: „Fallen zwei Perioden in einen Zeitraum von 6 Wochen usw." § 2 Seite 21. (Also in allen Fällen 3 Tage Karenz.)

In Bezug der Hausagitation glaube ich, wäre es von großem Nutzen, wenn der Ortsgruppenvorstand und die örtlichen Mitglieder nicht selbst die Agitation besorgen würden, sondern durch Kollegen von Nachbarortsgruppen. Selbstverständlich müßten die baren Auslagen gedeckt werden aus der Zentral- und Ortskasse. Hier würde mancher Maßregelung vorgebeugt werden. Die Werbungskraft wäre vielleicht noch eine größere, wenn fremde Kollegen und Kolleginnen agitierten. Bei der Agitation darf die materielle Seite unserer Bewegung nicht zu scharf in den Vordergrund treten. Den Agitatoren müßten selbstverständlich fertige Listen (Name, Straße, Nummer) zur Verfügung stehen.

Die Umzugs- und die Reiseunterstützung dürften meines Erachtens ganz wegfallen, ebenso die Sterbeunterstützung. Die Streik-, Maßregelung-, Kranken-, Arbeitslosen- und Unfallunterstützung würden vollauf genügen.

Säckingen. M. Hothinger.

Aus dem Verbandsgebiete.

Lohnbewegungen und Arbeitsstreitigkeiten.

Borken.

Verhandlungen gescheitert. Die Kündigung ist eingereicht. Bei der Firma „Westfälische Leinen-Industrie" bestehen seit längerer Zeit Lohndifferenzen. Die Akkordlöhne sind außerordentlich niedrig. Die Belegschaft strebt darnach, für gleichartige Artikel wenigstens den Lohn zu bekommen, den andere Firmen am Ort schon längst zahlen. Da die seit längerer Zeit gepflogenen friedlichen Verhandlungen zu keinem Resultate führten, haben die in unserm Verband organisierten Weber und Weberinnen am Sonntag, den 16. cr., die Kündigung eingereicht.

Aus unsern Bezirken.

Bezirk Bocholt-Gronau.

Außerordentliche Bezirkskonferenz. Es war ein glücklicher Gedanke unseres Zentralvorstandes, zur Vorbereitung für die bevorstehende intensive Agitation und zur Aufklärung über die gegenwärtige Situation unseres Verbandes außerordentliche Bezirkskonferenzen einzuberufen.

Sämtliche Ortsgruppen des Bezirkes Bocholt-Gronau waren auf der am 3. Juli zu Gronau in der Kaiserhalle einberufenen Konferenz durch 69 Delegierte vertreten, darunter waren 13 Kolleginnen. Der Zentralvorstand war durch die Kollegen Franz Fischer-Mulhausen i. E. und Wilhelm Hermes-M.-Gladbach vertreten, außerdem war der Sekretär der internationalen Verbindung, Herr Huising-Enschede, erschienen.

Bezirksleiter Kollege Lensing gab zunächst den Geschäftsbericht.

Bemerkenswert daraus ist, daß der V. Bezirk durch die Krise ziemlich stark zurückgegangen war, soweit die Mitgliederzahlen in Betracht kommen. Die Kassenverhältnisse aber wiesen immer höhere Ziffern auf. Im letzten Halbjahr hat der Bezirk bedeutend an Mitgliedern zugenommen, so daß die alte Höhe fast wieder erreicht ist. Es konnte konstatiert werden, daß die Unterstützungen nach der schärferen Kontrolle verminderte Ausgaben zeigten. Der Geschäftsgang der für unseren Bezirk hauptsächlich in Frage kommenden Baumwollindustrie ist ein flauer. An manchen Orten haben wir mit Betriebseinschränkungen, Warten auf Material usw. zu rechnen. Wenn aber, wie leider nicht ganz zu erwarten ist, eine gute Baumwollernte kommt, dann haben wir alle Aussicht, voran zu kommen. Die Löhne bedürfen dringend der Aufbesserung. Lohnbewegungen solle nicht aus dem Wege gegangen werden und der Zentralvorstand sei auch sonst gern bereit, die Agitation zu erleichtern.

„Deshalb", so schloß Kollege Lensing, „an die Arbeit! Bei genügender Aufklärung und Mitarbeit von allen Mitgliedern wird der Erfolg nicht ausbleiben."

Kollege Fischer überbrachte nunmehr die Grüße des Zentralvorstandes.

Der Zweck der Konferenz sei, daß man sich gegenseitig verstehen und kennen lerne. Der Zentralvorstand wolle sich durch die beiden entsandten Kollegen über die Lage im Bezirk orientieren und außerdem die Wünsche und Beschwerden der Mitglieder entgegennehmen. Gegenseitiges Vertrauen sei die Vorbedingung einer ersprießlichen Arbeit in unserem Verband. Die heutige Konferenz solle zur Agitation neu anregen und die alte Schaffensfreudigkeit und Begeisterung wieder in die Reihen der Mitglieder hineintragen. In nächster Zeit müßten wir mindestens auf 50 000 Mitglieder kommen, dann aber auch solle die Konferenz zur Vorbereitung für die Verbandsgeneralversammlung dienen. In den nächsten Jahren stehen uns schwere Kämpfe bevor. Gefahren bedrohen uns hauptsächlich von zwei Seiten. Die Arbeitgeber, organisiert in starken Arbeitgeberorganisationen und die sozialdemokratischen Gewerkschaften. Den Monopolverträgen muß entgegen gearbeitet werden, das kann aber nur geschehen, wenn wir Massen hinter uns haben. Kollege Fischer geht auf die Details näher ein und bemerkt zum Schluß, daß, wenn auch der Gegner viele und die Schwierigkeiten groß seien, so hätten wir noch lange keine Ursache zu verzweifeln. Im Gegenteil, wenn alle treu mitarbeiten, würde der Erfolg trotz alledem auf unserer Seite sein.

Kollege Hermes referierte über Winke bei der Agitation.

In den konfessionellen Arbeitervereinen muß in der richtigen Art und Weise agitiert werden. In der Gewinnung der Jugend muß mehr wie bisher getan werden. Das Elternhaus muß hier mithelfen und die Verbandsmitglieder müssen ihre Angehörigen dem Verbande zuführen. Das Versammlungswesen muß neu belebt, ausführliche Lohnstatistiken müssen geführt werden. Die uns freundlich gesinnte Presse sei zu unterstützen und durch kurze Notizen zu bedienen. Die Haus- und Fabrikagitation muß zum kommenden Herbst neu belebt und gut vorbereitet werden. Die Ideale unserer Bewegung müssen hochgehalten und uns immer wieder, mit dem Blick fest aufs Ziel gerichtet, zu fleißiger Arbeit für unsere Sache anfeuern.

Kollege Lensing ergänzte die Ausführungen der beiden Redner und zog daraus die Nutzanwendung für unseren Bezirk. Kollege Sparenberg wies hauptsächlich auf den organisatorischen Wert der Branchenbesprechungen und Abteilungsversammlungen hin. Es folgten nunmehr die Wünsche an die Verbandsgeneralversammlung.

Kollege Vormann-Coesfeld beantragt, daß zu den Bezirkskonferenzen immer die Ortsgruppenvorsitzenden gewählt werden müssen.

Kollege Wensink-Heek wünscht, daß auch beim 20 Pfg.-Wochenbeitrag Krankenunterstützung gewährt wird.

Kollege Brake-Epe bringt die Aussteuerbeihilfe erneut in Vorschlag.

Kollege Schmitz-Bocholt wünscht für Jugendliche von 14 bis 16 Jahren einen Wochenbeitrag von 10 Pfennig.

Die Kollegen Lütkenhuis-Glanerbrug und Damhuis-Losser wünschen eine Vergrößerung des „Christlichen Werkmann".

Kollege Schreiber-Gronau begründet zwei Anträge der Ortsgruppe Gronau:

1) Bildung eines Verbandsausschusses;
2) Wiedereinführung eines Bezirksvorstandes.

Herr Huising begrüßte zunächst, daß auch Arbeiterinnen erschienen seien und sprach dann über die Ausgestaltung des „Christlichen Werkmann".

Nachdem Kollege Lensing auf die Anträge des näheren eingegangen war, sprachen die Kollegen Fischer und Hermes ein kurzes Schlußwort. Die Delegierten trennten sich in dem Bewußtsein, nützliche Anregungen und brauchbare Winke für die bevorstehende Herbst- und Winteragitation erhalten zu haben. Hoffen wir, daß die Konferenz, die mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf unseren Verband geschlossen wurde, dazu beitragen wird, unseren christlichen Textilarbeiterverband nach innen und außen zu stärken.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Bocholt. Im vergangenen Vierteljahre hat der Ortsgruppenvorstand keine Mühe gescheut, der Arbeiterschaft Bocholts Gelegenheit zu geben, sich auf Fabrikversammlungen über ihre Lage auszusprechen. Infolge der schlechten Konjunktur haben die Arbeiter unter sehr mißlichen Verhältnissen zu leiden. Niedrige Löhne, die zum Teil auf die Verarbeitung schlechten Materials zurückzuführen sind, gehören zu den täglichen Erscheinungen. Löhne von 10 bis 12 Mark die Woche sollen nicht selten zum Unterhalte einer aus 4 bis 6 Köpfen bestehenden Familie ausreichen müssen. Da ist es doch einfach ein Rätsel, wie man in einer solchen Familie noch das zum Leben Notdürftige bestreiten kann. Wie es in einem solchen Haushalte aussieht, wird ein jeder, der die Kosten, die zur Bestreitung des Notwendigen vorhanden sein müssen, ausrechnet, schon beurteilen können. Solche Löhne sind ja für eine ledige Person als nicht ausreichend zu bezeichnen, geschweige denn für eine Familie.

Angesichts solcher Tatsachen sollte man annehmen, daß die Arbeiter Bocholts in Massen die Fabrikversammlungen besuchen würde, um dort über ihre Lage zu beraten und nach Mitteln und Wegen zu sinnen, wie solche traurigen Zustände gebessert werden könnten. Doch weit gefehlt! Die meisten Fabrikversammlungen waren im Verhältnis zu der im Betriebe beschäftigten Arbeiter mäßig besucht.

Viele glauben, die Organisation sei in den schlechten Zeiten nicht in der Lage, Verschlechterungen abzuwehren und viel weniger noch, Verbesserungen durchzudrücken. Man glaubt deshalb besser zu tun, die Fabrikversammlungen nicht zu besuchen. Ein anderer Teil der Arbeiterschaft bleibt aus Furcht vor dem Arbeitgeber oder seinen Angestellten den Versammlungen fern. Hierfür ein Beispiel:

Wir hatten die Spinnereiarbeiter und -Arbeiterinnen zu einer Versammlung eingeladen. Dieselbe war gut besucht. Verschiedene Mißstände wurden besprochen. Es wurde Klage geführt über mangelhafte Reinigung der Aborte, schlechtes Material, niedrige Löhne für die in Stundenlohn beschäftigten Arbeiter, außerdem wurde geklagt über das schroffe Auftreten des Obermeisters. Ein besonderer Wunsch war auch noch die Einführung eines Arbeiterausschusses. Hierzu sollte eine in kürzerer Zeit wieder einzuberufende Fabrikversammlung Stellung nehmen. Jedoch sorgte der Obermeister schon dafür, daß die Arbeiter keinen Mut mehr besaßen, Fabrikversammlungen zu besuchen. Zwei Kollegen, die in der Versammlung den Mund gerührt hatten, wurde gekündigt, während den übrigen Arbeitern mitgeteilt wurde, ein jeder, der die nächste Fabrikversammlung besuche, erhalte ebenfalls die Kündigung. Dieser Schreckschuß half! Die nächste Versammlung konnte, da außer den beiden gekündigten Kollegen niemand anwesend war, nicht abgehalten werden. Der Obermeister kann froh sein, daß die „Ruhe" im Betriebe wieder hergestellt ist. Hoffentlich wird aber auch die Arbeiterschaft dieses Betriebes noch einmal zu der Einsicht kommen, daß die Furcht der Arbeiter nur dem Obermeister und der Firma zum Vorteil gereichen kann. Nur vereinte Macht wird in der Lage sein, im dortigen Betriebe zum Wohle der Arbeiterschaft die Verhältnisse zu bessern und ein freies Wort bei Abschließung des Arbeitsvertrages zu verschaffen. Die beiden gemaßregelten Kollegen haben in anderen Betrieben wieder Unterkunft gefunden, wo die Beschäftigung eine lohnendere ist, als bei der Firma S. A. Weyl u. Sohn.

Noch eine Anzahl Fabrikversammlungen für andere Betriebe wurden abgehalten, deren Besuch uns keineswegs befriedigt hat. Wenn die Bocholter Arbeiterschaft sich nicht mehr um ihre eigene Lage kümmert, wenn sie es nicht der Mühe wert hält, einmal ein Stündchen für eine Versammlung zu opfern, die nur der Beratung über die Möglichkeit einer Aufbesserung ihrer Verhältnisse gewidmet ist, dann kann es nicht Wunder nehmen, wenn sich in manchen Betrieben Zustände eingeschlichen haben, die, was die Lohnfrage anbelangt, den Arbeiterstand Bocholts derjenigen mancher anderer Orte in erheblicher Weise nachstehen läßt. Vorbedingung zur Erreichung des Zieles, Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, ist die praktische Betätigung aller Arbeiter und Arbeiterinnen im Gewerkschaftsleben und besonders der stete Besuch der Fabrikversammlungen. Man mag über die schlechten Löhne und Arbeitsbedingungen auf der Straße oder zu Hause schimpfen, wie man will — damit werden die traurigen Verhältnisse nicht geändert. Die Bocholter Arbeiterschaft muß wissen, daß nur Einigkeit zum Ziele führen kann. Wenn auch die wirtschaftliche Krise noch schwer die Arbeiter niederdrückt, so darf nicht vergessen werden, daß auch bessere Zeiten wiederkommen werden, die hoffentlich nicht mehr in zu weiter Ferne liegen. Der Kluge baut vor, sagt ein altes Sprichwort. Handelt auch ihr darnach, schließet euch einer starken Organisation an, damit ihr für die kommenden Zeiten gerüstet dasteht. Seid nicht mißtrauisch, furchtsam und gleichgültig, sondern zeiget euch als mutige Kämpfer für euren Stand. Beherzigt die Worte, die den Arbeiterstand in der heutigen Zeit sich so recht zu eigen machen sollte: „Einer für Alle und Alle für Einen." Die Worte sollen keine Phrase sein.

Gera. (Reuß j. L.) Die Ortsgruppe Gera hielt am 9. Juli eine öffentliche Versammlung ab, die sich eines guten Besuches zu erfreuen hatte. Der zweite Vorsitzende, Kollege Steinbrick, eröffnete die Versammlung abends 9 Uhr und gab folgende Tagesordnung bekannt: „Neue Gefahren und neue Aufgaben für die christlich-nationale Arbeiterbewegung, Diskussion". Als Referent war Kollege Pesch-Krefeld erschienen. Derselbe verbreitete sich in ausführlicher Weise über das Stärkeverhältnis der christlichen Gewerkschaften und über den immer mehr sich steigernden Einfluß, den dieselben gewinnen. Scharf ging der Kollege mit den „gelben" Gewerkschaften in's Gericht, die dem Unternehmertum nur Handlangerdienste leisten, zum Schaden der organisierten Arbeiterschaft. Alsdann beleuchtete Redner die Aussperrung im Baugewerbe, die mit einem vollen Erfolge für die Arbeiterschaft endete. Mit einem warmen Appell an alle Anwesenden, sich den christlichen Gewerkschaften anzuschließen zu freudiger und gemeinsamer Mitarbeit, schloß der Kollege Pesch sein mit stürmischem Beifall aufgenommenes Referat.

Nach einer kurzen Pause eröffnete Kollege Steinbrick die Diskussion und sicherte jedem Anwesenden volle Redefreiheit zu. Die Beteiligung an der Diskussion war eine sehr lebhafte und bewegte sich im Sinne des Vortrages. Eine Anzahl „Genossen", denen die Neugierde plagte, war in unserer Versammlung erschienen. Doch machte keiner von ihnen, trotz wiederholter Aufforderung, von der ihnen angebotenen Redefreiheit Gebrauch und bestätigten somit durch ihr Schweigen die Ausführungen des Kollegen Pesch.

Greiz. (Reuß ä. L.) Am 9. Juli veranstaltete die hiesige Ortsgruppe eine öffentliche Gewerkschaftsversammlung für Textilarbeiter und -Arbeiterinnen. Als Referent war Kollege Heutmann-Düsseldorf erschienen. Derselbe behandelte in 1½ stündigem Referate das Thema: „Neue Gefahren und neue Aufgaben für die christlich-nationale Arbeiterbewegung." An der Hand geschichtlichen Materials verstand es der Referent nachzuweisen, daß dieselben Kämpfe, die heute noch geführt werden um unser wirtschaftliches und politisches Recht, dem Grunde nach schon sehr alter Natur sind. Nur die Formen und Mitteln dieser Kämpfe änderten. Redner führte den Anwesenden die verschiedenartigsten Gefahren, die der christlich-nationalen Arbeiterbewegung von vielen Seiten drohen, vor Augen; wie: Arbeitgeberverbände, die sich oft der verschiedensten Mittel bedienen, um die Gewerkschaftsbewegung zu zertrümmern. Als Beispiel führte er an die Aussperrung im Baugewerbe, ferner die Einführung des Zwangsarbeitsnachweises, dessen Gefährlichkeit er ebenfalls durch Beispiele den Anwesenden klar zu machen verstand, und noch verschiedene andere Gefahren, die von seiten der starken Arbeitgeberorganisationen drohen. Eingehend behandelte der Referent den Stand und das Anwachsen der sozialdemokratischen Gewerkschaften, ihre Bestrebungen zur Vernichtung der christlichen Gewerkschaften und die Entwicklung des Tarifvertragswesens. Redner betrachtet als eine Hauptaufgabe der Zukunft die Gewinnung der arbeitenden Jugend. Mit einem warmen Appell an die außerhalb unserer Gewerkschaftsbewegung stehenden Elemente und mit der Aufforderung an die Mitglieder unserer Ortsgruppe, Idealismus an den Tag zu legen für unsere christlich-nationale Gewerkschaftsbewegung, schloß der Kollege Heutmann seinen interessanten Vortrag.

Zu dieser öffentlichen Versammlung konnten es einige führenden Geister des hiesigen sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes sowie der „Reußischen Volkszeitung" nicht unterlassen, zu erscheinen. Die Neugier war zu stark. Aber trotzdem Kollege Heutmann mit den sozialdemokratischen Gewerkschaften scharf in's Gericht ging und die Tendenzen dieser Gewerkschaften als arbeiterschädigende hinstellte, meldete sich keiner dieser „Volksinteressenvertreter" zu Wort. So bekundeten sie durch ihr Schweigen die Richtigkeit der Ausführungen des Kollegen Heutmann. Ein besseres Zeugnis von Mutlosigkeit konnten sich die roten Führer nicht ausstellen. Unsere Kollegen aber mögen sich bei derartigen Anordnungen seitens unseres Vorstandes ihrer Pflicht bewußt sein und diesen Anordnungen in Zukunft mehr als bisher Folge leisten.

NB. Unsere Mitgliederversammlung am 24. Juni war sehr gut besucht. Neben diesem Geschäftlichen wurde vom Kollegen Melcher das Wahlreglement zur Verbands-Generalversammlung und der Wert unserer Verbands-Generalversammlung den Anwesenden vor Augen geführt. Alsdann feierte die Versammlung das Scheiden des Kollegen Rümmele. Der Vorsitzende Kanis gedachte in warmen Worten der Taten des Kollegen Rümmele und wünschte ihm in seinem neuen Bezirk Glück und Erfolg. Zum Schluß seiner Ausführungen überreichte derselbe dem scheidenden Kollegen im Auftrage der Ortsgruppe ein kleines Andenken. Mit dem Gesange „Ich hatt' einen Kameraden" schloß die interessante Versammlung.

Neumünster. Am 30. Juni hielt unsere Ortsgruppe ihre fällige Quartalsversammlung ab. Zunächst gab der Kassierer den Kassenbericht bekannt. Für verkaufte Marken wurden eingenommen im zweiten Quartal 792,40 Mk., die Ausgabe betrug 156,34 Mk., mithin konnten an die Zentrale abgeschickt werden 636,06 Mk. Die Einnahme unserer Ortsgruppenkasse betrug einschließlich des Kassenbestandes vom ersten Quartal 1910 396,98 Mk., die Ausgabe 98,73 Mk., mithin Kassenbestand 298,16 Mk. Nachdem Kasse und Belege von den Revisoren für richtig befunden, wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Auch gab der erste Vorsitzende einen kurzen Bericht über die im letzten Vierteljahre stattgefundenen Fabrikversammlungen, sowie deren Erfolge. Zu Punkt zwei der Tagesordnung nahm unser Bezirksvorsitzender Kollege Camps das Wort. Er beleuchtete in seinem Referate sehr wichtige Punkte, u. a. die neuen Gefahren unserer christlichen Gewerkschaften. Auch gab der Redner Winke und Wege an, zur Ueberwindung dieser Gefahren. Hieran schloß sich eine Diskussion.

NB. Die Mitglieder unserer Ortsgruppe werden an dieser Stelle darauf aufmerksam gemacht, daß am 24. Juli, von morgens 11 bis nachmittags 2 Uhr, im Vereinslokale die Wahl der Delegierten zur Generalversammlung stattfinden wird. Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes, sich an der Wahl zu beteiligen. Pünktlich 2 Uhr ist Schluß der Wahl, deshalb hat jedes Mitglied rechtzeitig zu erscheinen. Es wird auch darauf hingewiesen, daß von jetzt ab das Krankengeld bei dem zweiten Kassierer, Kollegen Albert Hagelstange, Klosterstraße 40, ausbezahlt wird.

Aus unserer Industrie.

Ein internationales Samt- und Plüschsyndikat.

Die seit langer Zeit bestehende Preiskonvention von Samt- und Plüschfabrikanten in Deutschland und Frankreich ist vor einigen Wochen in ein festes internationales Syndikat umgewandelt worden.

Geführt dazu hat die ungünstige Lage des Samtgeschäftes in den letzten Jahren. Modelaunen, Ueberproduktion und Preisdrückerei haben dabei mitgewirkt. In dem Umschlag in Samten ist von 1907 bis 1908 ein Rückgang im Werte von über 7 Millionen zu verzeichnen gewesen; die Zahl der Samt-Webstühle sank von 3979 im Jahre 1907 auf 3221 im Jahre 1909.

Die jetzt abgeschlossenen Verträge sollen dem Samtgewerbe eine sichere, stetige Grundlage geben. Der gänzlich freie Wettbewerb ist vor etlichen Jahren schon durch eine Konvention der Produzenten beschränkt worden. Diese Konvention schrieb zunächst eine gewisse Kalkulation als Verkaufsbasis vor, und zwar für Deutschland und das sogenannte kleine Ausland, als welches in Geschäftskreisen die Nachbarstaaten Holland und Belgien, die skandinavischen Staaten, die Schweiz, Italien und einige andere Absatzgebiete bezeichnet werden. Im vorigen Jahre wurden diese Verkaufsbedingungen auch auf England und Frankreich ausgedehnt. Vor drei Jahren bereits trat man an die Lyoner Fabrikation heran, um sie zum Anschluß zu bewegen. Das gelang nunmehr.

Die neuen Vereinbarungen schließen die meisten Länder der Welt ein, in Europa z. B. Rußland und die Türkei. Bezüglich der angeblich noch nicht eingeschlossenen Staaten (Oesterreich und Vereinigte Staaten) scheint noch keine völlige Sicherheit zu bestehen. Neu ist die Kontingentierung des Umschlags. Von dem die Höchstgrenze übersteigenden Umsatze ist ein gewisser Prozentsatz an die Verbandskasse abzuführen, der u. a. auch zur event. Unterstützung von Mitgliedern verwendet werden soll. Dieser Bindung des Umschlages sollen nicht alle Produzenten zugestimmt haben. Vorbehalte sind auch, wie unterrichtete Kreise versichern, hinsichtlich der weiteren Bestimmung gemacht worden, nach der die Mitglieder des Fabrikantenverbandes nur mit solchen Geschäften arbeiten dürfen, die einen Jahresumsatz in Textilwaren von Mark 300000 aufzuweisen haben. Diese Zahlengrenze gilt nicht für die Mitglieder des Großhändlerverbands. Gegenwärtig ist die Geschäftslage in Samten gut, und zwar wird diese Lage geschaffen durch den enormen Verbrauch in Putzartikeln. Dagegen hat die Konfektionsbranche noch wenig Aufnahmebedürfnis gezeigt. Die mutmaßliche Wirkung der erweiterten Abmachungen wird dahin beurteilt, daß der Fabrikantenverband das Geschäft nun völlig in der Hand hat, daß er ihm durch Regelung von Produktion und Preisen und Zahlungsbedingungen u. s. f. die erwünschte Richtung zu geben vermag. Umso mehr ist zu wünschen, daß er seine Macht, das auch im eigenen Interesse, nicht mißbrauchen wird.

Ueber die Sitzung des Verbandes deutscher Samt- und Plüschfabrikanten, worin die Syndizierung beschlossen wurde, wird noch gemeldet: Der Verband deutscher Samt- und Plüschfabrikanten, der vor kurzem beschlossen hatte, vom 1. Januar 1910 ab für alle Länder der Welt, mit Ausnahme von Oesterreich und den Vereinigten Staaten von Nord-Amerika, Preisvereinbarungen in Kraft treten zu lassen, erweiterte in seiner letzten Generalversammlung diesen Beschluß dahin, daß die einheitlichen Preise für die bisher noch nicht gebundenen Länder bereits mit dem 9. Juli in Kraft treten. Es wurde in Anbetracht der bisher außerordentlich niedrigen Preise, besonders auf den asiatischen Märkten, nur eine mäßige unmittelbare Erhöhung beschlossen, der gemäß dem bereits gefaßten Beschluß eine weitere von mindestens 4 Proz. am 1. Oktober folgen wird. Der vorgelegte Vertrag mit den französischen Fabrikanten, der ebenso wie der Verbandsvertrag eine 5jährige Dauer vorsieht, fand einstimmige Annahme und wird in den nächsten Tage in Paris unterzeichnet werden. Damit sind, da Outsider nicht vorhanden sind, für die deutsche Samtindustrie auf Jahre hinaus gesicherte Zustände geschaffen.

Die Arbeiterschaft kann diese Entwickelung nur begrüßen. —

Das nun gegründete Syndikat ist nicht die einzigste internationale Verbindung in der Textilindustrie. Durch die Wirtschaftskrise haben die Bestrebungen zur Internationalisierung der Kartelle auch in der Textilindustrie an Boden gewonnen, neu gegründet wurde neben dem schon genannten Syndikat im Oktober 1909 eine Internationale Vereinigung der Flachs- und Hanfspinnereien. Von anderen internationalen Kartellen, von welchen in dem Vorjahre Lebensäußerungen bekannt wurden, nennt das Berliner Jahrbuch für Handel und Industrie den Internationalen Verband der Baumwollspinner und Weber, den Internationalen Verband der Seidenfärbereien und den Verband der Cachenez-Fabrikanten der Schweiz und Deutschland zu Zürich. Wesentliche Fortschritte hatte die Internationale Organisation der Baumwollspinnereien gemacht.

* * *

Von den Textil-Rohstoffmärkten im Juni.

Die Lage der Textilindustrie im ganzen betrachtet, hat seit dem vorigen Monat eine entschiedene Besserung erfahren, freilich mit Ausnahme der Baumwollfabrikation, die nach wie vor von der Lage des Rohstoffes, Baumwolle, empfindlich in Mitleidenschaft gezogen wird. Die amerikanischen Baumwollmärkte sind auch im abgelaufenen Monat bedeutenden Schwankungen ausgesetzt gewesen, die sich auch auf den Liverpooler Markt und Bremer Markt fortgepflanzt und entsprechend daselbst wiederholt haben. Die Lokopreise und die Preise alter Ernte insbesondere haben sich vorübergehend ziemlich gut gehalten, wenn auch gewisse Abschläge festgestellt werden müssen, und sie stehen reichlich hoch, wenn man andere Jahre zum Vergleich heranzieht.

Ueber die neue Ernte sind die Meinungen noch ziemlich geteilt. Das Ackerbauamt in Washington hatte Anfang Juni den neuen Saatenstand auf 82 Prozent gegen 81,1 Prozent i. V. geschätzt und gleichzeitig die Anbaufläche auf 33,19 Mill. Acres gegen 32,29 Mill. Acres i. V. angesetzt. Unter dem unmittelbaren Eindruck dieser Meldungen war ein scharfer Rückgang eingetreten, der dann aber sehr schnell wieder ausgeglichen wurde. Die Schätzungen aus Fachkreisen lauteten keineswegs ganz so günstig, wie man erwartet hatte, und das zwang jedenfalls zu großer Zurückhaltung. Dabei fiel ins Gewicht, daß um Monatsende die New-Yorker Fondsbörse von einer wilden Panik ergriffen war, die unter anderen auch auf die entscheidenden Ernteberichte einsetzte. Bei all den heftigen Schwankungen der Tendenz ist das Preisniveau, namentlich in alter Ernte, Ende Juni recht stabil geblieben und steht auch für neue Ernte reichlich hoch. Es wird für die nächste Zeit alles auf die weitere Entwickelung der Ernte ankommen.

Die Garnmärkte haben aus der Unentschiedenheit der Rohstoffmärkte keinerlei Anregung finden können. Die Preise stehen im ganzen gegen Ende des Monats niedriger als zu Beginn. Aber wesentlich ist, daß sie bereits sehr bald Anlaß zu freiwilligen Betriebseinschränkungen boten, die allerdings noch keineswegs ausreichend erscheinen.

Was die Wollmärkte betrifft, so haben im abgelaufenen Monat an den hauptsächlichsten deutschen Märkten die üblichen Versteigerungen stattgefunden. Der Absatz war an einzelnen Orten ein recht lebhafter, an anderen aber nicht so, wie man erwartet hatte. Auch die Preise stehen hinter den günstigen Erwartungen zurück, zu denen man auf Grund der früheren Steigerungen des Artikels sich berechtigt glaubte. Von ausländischen Wollversteigerungen waren die australischen gleichfalls nicht so lebhaft wie die früheren, immerhin wäre es verkehrt, von einer wesentlich günstigeren Position zu sprechen. Die englischen Wollmärkte, namentlich der Bradforder Markt, verkehrten anfangs in recht fester, später auch noch in ruhiger stetiger Haltung. Die Wollgarnmärkte, namentlich diejenigen Englands, verliefen gleichfalls ruhiger.

Nach wie vor fest bleiben die in- und ausländischen Flachs- und Leinenmärkte disponiert. Freilich war an den russischen Märkten das Geschäft in Rohflachs ein recht geringfügiges. Die Vorräte sind nicht mehr bedeutend, auf der anderen Seite aber hat auch die Kauflust stark nachgelassen, obwohl vorübergehend den Verbrauchern Konzessionen gemacht wurden. Ueber die neue russische Ernte verlautet, daß die Anbaufläche sich um 10 Prozent gemehrt habe. Aus Holland und Amerika, speziell Kanada, werden günstige Nachrichten über die Ernteaussichten in Flachs laut. Der Garn- und Leinenmarkt war zeitweise recht lebhaft und die Preise verfolgten eine durchaus feste Tendenz. Auch in der Weberei hat sowohl das Inland wie auch das Ausland sich als ein kräftiger Käufer erwiesen.

Die Jutemärkte lagen ruhig, die Preise nur wenig verändert, obwohl die Nachrichten von der Rohstoffernte anbauernd günstig lauteten. Auch im abgelaufenen Monat sind die Bemühungen, die Konvention der Fabriken über das Ende des nächsten Jahres hinaus zu erneuern, noch keinen Schritt weiter gekommen.

Der Seidenmarkt verhielt sich während des größten Teiles des Monats recht abwartend. Der Grund für die außerordentliche Stille, die nur vorübergehend durch Deckungen der Blankoverkäufer auf den Spekulationsmärkten unterbrochen wurde, liegt darin gegeben, daß man über die Ernte noch kein klares Bild hat. (Textilwoche.)

* * *

Schädigung von Textilbetrieben durch Unwetter.

Von dem kürzlich über fast ganz Deutschland niedergegangenen Unwetter sind auch verschiedene Textilbetriebe arg betroffen worden. So wird aus Füssen gemeldet, daß die Mechanische Seidenwarenfabrik Füssen infolge der durch die niedergegangenen Wassermengen hervorgerufenen Ueberflutung der Keller sowie der Turbinenanlage außer Betrieb gesetzt werden mußte. — Aus Ulm liegen Nachrichten vor, wonach sich die Ueberflutung der Illerufer von Dietenheim bis nahe an Ulm ausdehnte. Dietenheim, Ay und Au standen ganz unter Wasser. Die Spinnereien von Au und Gerlenhofen waren vollständig von Wasser umgeben. Die Arbeiter konnten die Fabriken nicht verlassen. — Geraer Blätter melden: In der Mechanischen Wollenweberei von Schulenburg u. Beßler in Zwötzen hat das entstandene vorübergehende Hochwasser die gesamte elektrische Antriebseinrichtung schwer geschädigt, sodaß ein Schaden von 30000 M. entstanden ist. — Auch in Vorarlberg hat das Hochwasser beträchtlichen Schaden angerichtet; insbesondere die bekannte Firma Hämmerle ist durch die Hochwasserkatastrophe schwer heimgesucht worden.

Sofern Mitglieder unseres Verbandes durch diese Unwetterschäden arbeitslos wurden, erhielten sie die Arbeitslosenunterstützung. Möge auch hieraus die Textilarbeiterschaft ersehen, wie oft die Notwendigkeit einer hilfsbereiten Gewerkschaft praktisch an sie herantreten kann. Kein Textilarbeiter hat die Garantie, daß er die Unterstützungen eines Verbandes nie notwendig haben wird. Es trifft auch hier das Schillerwort zu:

Mit des Geschickes Mächten
Ist kein ew'ger Bund zu flechten,
Und das Unglück schreitet schnell.

Sehe sich jeder Textilarbeiter frühzeitig vor durch Eintritt in unseren Verband.

Gewerkschaftliches.

Aus unseren Verbänden.

Die 6. Generalversammlung des christlichen Metallarbeiterverbandes ist für die Sozialdemokraten ein Stein des Anstoßes geworden. Vom „Vorwärts" herab bis zur kleinen sozialdemokratischen Winkelpresse sucht man den christlichen Metallarbeiterverband herunterzureißen.

Die Zahl der Mitglieder im sozialdemokratischen Metallarbeiterverbande soll über allen Schmerz und den eigenen Bankerott hinweghelfen. Nun ist es eine alte Weisheit, daß der einzelne in den Tagen der Not nur von dem leben kann, was er hat. Da steht aber durch Zahlenmaterial erhärtet fest: Im christlichen Metallarbeiterverband hat jedes Mitglied viermal soviel Vermögen als im sozialdemokratischen Metallarbeiterverband. Diese gesunde Kassenführung hat den christlichen Metallarbeiterverband stark gemacht.

Dem gegenüber zeigte sich bei der ersteren größeren Bewegung in diesem Jahre, daß trotz seiner größeren Mitgliederzahl beim sozialdemokratischen Metallarbeiterverband die Arbeiterinteressen schmählich zu kurz kommen. Bei der Bewegung in Bielefeld im Mai dieses Jahres ließ der Beamte des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes eine Resolution annehmen, wodurch die Mitglieder im Falle einer Aussperrung auf Unterstützung verzichteten. O Armut! Für 6- bis 7000 Ausgesperrte hat der „große deutsche Metallarbeiterverband" kein Geld mehr. Das Ende der Bewegung war eine bedingungslose Aufnahme der Arbeit bei der bestreikten Firma Dürkopp. In einer Versammlung sozialdemokratischer Arbeiter, die sich mit dem schmählichen Abbruch des Kampfes befaßte, rief man den „Führern" zu: „Raus, raus, Arbeiterverräter, Schuft" usw. Eine Organisation, die gleich zu Anfang der besseren Konjunktur solche „Heldentaten" vollbringt, wie der sozialdemokratische Metallarbeiterverband, sollte den christlichen Metallarbeiterverband ungeschoren lassen, wenn es ihr auch schwer fällt. In Mülheim a. Rh., Stettin, Mannheim, Bielefeld und Hagen i. W. zeigte sich in den letzten Jahren die wirtschaftliche Ohnmacht des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes.

Dagegen ist es trotz der grimmigen Bekämpfung seitens der Gegner und der hohen Anforderungen, die materiell an ihn gestellt wurden, dem christlichen Metallarbeiterverband möglich gewesen, in 10 Jahren den sozialdemokratischen Metallarbeiterverband in den Einrichtungen der Beitragsleistung und Unterstützung nicht nur zu erreichen, sondern sogar zu überflügeln. Mit annähernd einer Million Mark Vermögen und 27000 Mitgliedern steht der christliche Metallarbeiterverband heute gefestigt da, trotz der Krisenjahre 1900—01 und 1907—09. Diese gesunde Entwicklung hat es den Gegnern angetan; darum versuchen sie mit allen Mitteln, den 6. Verbandstag herunterzureißen.

Dem Verbandsvorsitzenden Wieber werfen die Sozialdemokraten Steine nach, weil er sagte, lieber hätte er den liberalen Arbeiter Jung als Vertreter des Duisburger Wahlkreises im Reichstag gesehen, als den Sozialdemokraten Hengsbach. Hierin sind die christlichen Arbeiter sich einig, besonders die Metallarbeiter haben es erleben müssen, daß dort für die christlichen Arbeiter alle Rechte aufhören, wo Sozialdemokraten eine Mehrheit bilden. Als 1907 bei Dürkopp ein Streik von den Sozialdemokraten angezettelt wurde, um die christlichen Arbeiter aus dem Betrieb herauszuschaffen, gab im Verlaufe dieses Kampfes der sozialdemokratische Abgeordnete Severing seinen „Genossen" sogar den Rat, die Christlichen gründlich durchzuprügeln. Wenn Tarifverträge abgeschlossen werden, gehen die Sozialdemokraten mit brutaler Gewaltherrschaft daran, die christlichen Arbeiter von der Arbeitsgelegenheit auszuschließen,

sofern sie die Macht dazu haben. Da ist die Wahl nicht schwer, zu entscheiden, ob ein Sozialdemokrat oder ein Liberaler den christlichen Arbeitern näher steht.

Der Sozialdemokrat ist von jeher der Todfeind der christlichen Arbeiterbewegung gewesen und die Praktiken der vergangenen Jahre bestätigen das. In ödem Geschimpfe wie „ohnmächtige Wut", „häßlichste Neidhammelei", „zentrumspfäffische Demagogie" sucht die sozialdemokratische Presse ihre unangenehmen Herzensregungen zu ersäufen. Den eigenen „Genossen" muß Sand in die Augen gestreut werden, damit sie nicht sehen, wie der christliche Metallarbeiterverband heute schon dem Gewerkschaftsleben der Berufsgenossen durch eine gesunde praktische Arbeit die Wege zeigt.

* * *

Der Gutenbergbund (die dem Gesamtverbande der christlichen Gewerkschaften angeschlossene Buchdruckerorganisation) hielt vom 10—12. Juli in Breslau seine neunte Generalversammlung ab.

Der Bund hatte in den letzten Jahren schwere Kämpfe durchzuführen. Er schloß sich vor drei Jahren dem Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften an, wodurch eine Anzahl Mitglieder, die mit diesem Vorgehen nicht einverstanden waren, austraten und sich dem Verbande der Deutschen Buchdrucker anschlossen, der ihnen weitgehende Vergünstigungen hinsichtlich der Uebertrittsbedingungen einräumte und sie so zum Uebertritt reizte; weiter mußte um die Anerkennung des Gutenbergbundes als tarifstreue und vertragsfähige Organisation außerordentlich energisch und zähe gearbeitet werden. Trotz dieser ungünstigen äußeren Voraussetzungen hat sich der Gutenbergbund mit seinen 3000 Mitgliedern nicht nur allein behauptet, sondern seine Mitgliederzahl noch um ein Geringes vermehrt.

Seine Einnahmen betrugen in der dreijährigen Geschäftsperiode 354 678 M., die Gesamtausgaben 257 013 M. Der Vermögensbestand beläuft sich auf nahezu 500 000 M. Verausgabt wurden u. a. an Krankengeld 67 992 M., Arbeitslosen-Unterstützung 59 519 M., Invaliden-Unterstützung 14 219 M., Sterbegeld 4 390 M., Umzugskosten 4 285 M., sonstige Unterstützungen 1 672 M.

Die Generalversammlung befaßte sich mit einer Anzahl innerer Organisationsfragen und beschloß eine Beitragserhöhung von 90 auf 95 Pfg. wöchentlich. Als Vorsitzenden des Bundes wurde Paul Thränert, Berlin, Jakobikirchstr. 5, gewählt. Weiter beschäftigte sich die Generalversammlung in einer geschlossenen Sitzung mit der im nächsten Jahre bevorstehenden Tarifrevision im Buchdruckgewerbe, mit der Lehrlingsfrage und mit der Frage der Gegenseitigkeitsverträge mit ausländischen Organisationen.

* * *

Ein frecher Schwindel über den christlichen Bauarbeiterverband. Kaum ist die Bewegung im Baugewerbe beendet, da setzt gegen die christliche Organisation seitens der „Genossen" schon wieder das Mittel der Verleumdung ein. So wird seitens der letztern an mehreren Orten das Gerücht verbreitet, der sozialdemokratische Verband hätte dem christlichen Verband zur Abwehr Geld geborgt, besonders seien die Mitglieder des christlichen Verbandes in den letzten 14 Tagen aus der sozialdemokratischen Verbandskasse unterstützt worden. Der „Grundstein" (Nr. 28), das Organ des sozialdemokratischen Maurerverbandes, ist nun loyal genug, diese Gerüchte als jeder Begründung entbehrend zurückzuweisen. Daß aber solche Gerüchte überhaupt aufkommen können, ist mehr als bezeichnend und ein Ausfluß des Hasses, den sonst die „freien" Gewerkschaften Hand in Hand mit der Sozialdemokratie gegen die christlichen Organisation predigen!

Daß der christliche Bauarbeiterverband ehrlich und fest in dem verflossenen Kampfe seinen Mann gestellt hat, gab auf der Charlottenburger Generalversammlung des sozialdemokratischen Maurerverbandes selbst der Vorsitzende desselben, Bömmelburg, zu, als er sagte, er müsse das gute Einvernehmen mit den leitenden Personen der christlichen Organisationen betonen, von deren Seite während der ganzen Bewegung keinerlei Schwierigkeiten bereitet worden seien. „An dieser Stelle möge es ausgesprochen werden, daß, wenn es gelang, den Kampf erfolgreich zu Ende zu führen, dies nur der Einheit der vier in Betracht kommenden Organisationen zu verdanken ist. Dieses Verhältnis soll auch in Zukunft mit den Christlichen eingehalten werden, ganz abgesehen von dem, was uns sonst grundsätzlich voneinander trennt. Häßliche Kampfesweisen zwischen den beiderseitigen Organisationen seien auf jeden Fall zu verwerfen. Verlangen müssen wir allerdings, daß die Christlichen auch fernerhin niemals mit den Unternehmern in Unterhandlung treten ohne Hinzuziehung der anderen Organisationen. Nur wenn ehrlich und offen vorgegangen werde, könne man gemeinsam arbeiten."

* * *

Eine andere Meinung über die „Klimbim"-Vereine. Ein Kollege aus Gladbach schreibt uns: Es ist selbstverständlich, daß wir entschiedene Gegner aller wirklichen „Klimbim"-Vereine sind. Sie bilden ein starkes Hemmnis in der Aufwärtsentwicklung des Arbeiterstandes. Aber dadurch, daß wir sie in Grund und Boden verdammern, bringen wir sie nicht aus der Welt. Es muß auch gesagt werden, daß manchmal mit dem Begriff „Klimbim"-Vereine ziemlich Unfug getrieben wird. Man kann gute Gesangvereine, Turnvereine oder andere Vereine eines vernünftigen Sports doch unmöglich zu den „Klimbim"-Vereinen werfen. Viele von ihnen erfüllen einen hohen kulturellen Zweck. Natürlich sind wir berechtigt, entschiedene Worte der Mißbilligung zu gebrauchen, wenn die Sache zur Vereinsmeierei ausartet.

Es wäre der Mühe wert, die Frage zu untersuchen, ob das Verhalten der christlich organisierten Arbeiter zu den genannten Vereinen ein richtiges war, bezw. ob dieses Verhalten dazu angetan war, die durch diese Vereine für unsere Bewegung entstandenen Schwierigkeiten zu beheben. Mit Schimpfen auf die Vereine kommt man nicht zum Ziele. Wohl aber erreicht man, daß man die Mitglieder und Anhänger dieser Vereine zu schroffen Gegnern unserer Bewegung macht. Man muß mit der Tatsache rechnen, daß diese Vereine in den letzten Jahren zahlenmäßig an Bedeutung und Macht ungeheuer zugenommen haben. Im allgemeinen sind sie so stark geworden, daß man mit ihnen rechnen muß. Namentlich die jungen Leute wenden sich mit Vorliebe diesen Vereinen zu. Das mag nicht erfreulich sein. Viel besser wäre es, wenn die konfessionellen Arbeitervereine nach dieser Richtung hin vollen Ersatz böten. Aber wir müssen mit dem rechnen, was ist. Da meinen wir, daß hier und da eine freundlichere Stellungnahme zu diesen Vereinen im Interesse der Gewerkschaftsbewegung wohl am Platze wäre. Wir wollen durchaus nicht diesen Vereinen das Wort reden oder gar die Arbeiter auffordern, Mitglieder derselben zu werden, nein, gewiß nicht, aber man müßte versuchen, einen Einfluß auf diese Vereine zu gewinnen, um in ihnen auch eine Agitation für unsere Verbände betreiben zu können. In diesen Vereinen sind Tausende von organisationsfähigen Arbeitern vorhanden. Unsere Mitglieder, die zugleich diesen Vereinen angehören, dürfen die gewerkschaftliche Agitation in den letzteren nicht vernachlässigen. Die ganze Ortsgruppenleitung müßte in geschickter Weise versuchen, diesen Sportvereinlern plausibel zu machen, daß sie sich einer groben Pflichtverletzung schuldig machen, wenn sie nicht auch in den christlichen Gewerkschaften zur materiellen Verbesserung der Arbeiterverhältnissen ihren Mann stellen. Also: mehr Agitation in den sogenannten „Klimbim"-Vereinen.

* * *

Ein schöner Erfolg des christlichen Keram- und Steinarbeiterverbandes. Ausschluß der Unorganisierten beim Tarifvertrage. Ein Tarifvertrag für circa 1000 Steinarbeiter wurde am 1. Juli zwischen dem Verein Basaltlava-Werke von Mayen und Umgebung, und dem Zentral-Verband christlicher Keram- und Steinarbeiter, sowie der Fachabteilung der Stein-, Ton- und Erdarbeiter abgeschlossen. Die wesentlichen Vertragsbedingungen sind:

Regelung der Arbeitszeit, Einschränkung der in jenem Gebiet so sehr verbreiteten Ueberarbeit, Festsetzung der Akkordlöhne für Steinhauer in einem umfangreichen Akkordtarif, der eine Lohnerhöhung von 5% brachte. Für Tagelöhner und Steinbrecher konnte eine Lohnerhöhung nicht durchgesetzt werden, jedoch wurde vertraglich festgelegt, daß die derzeitig gezahlten Löhne dieser Arbeiter während der dreimonatlichen Vertragsdauer nicht reduziert werden dürfen. Des weiteren wurde festgelegt, daß nach zwei Monaten die gemeinsame Tarifkommission nochmals zusammentritt, um eine Verlängerung des Vertrages und eine weitere Lohnerhöhung für alle Arbeiter vorzunehmen, sofern bis dahin eine Besserung der Konjunktur zu verzeichnen ist.

Der Vertrag erstreckt sich auf **181 Firmen**, die insgesamt circa 3000 Arbeiter beschäftigen. Von letzteren sind zur Zeit nur circa 700 christlich und 300 in der Fachabteilung organisiert, und **nur für diese haben die Vertragsbedingungen Geltung.** Wenn es möglich wäre, sollte man überall bei Tarifverträgen die Unorganisierten ausschließen. Verdient hätten sie es. Sie zehren doch nur von den Erfolgen, die andere unter Opfer und Mühen errungen haben. Wer nicht säet, soll auch nicht ernten.

Aus gegnerischen Organisationen.

Herr Legien, der Sozialist und oberflächliche Religionsspötter. In einem vom „Sozialwissenschaftlichen Verein der Universität München" am 27. Juni veranstalteten Vortragsabend sprach der erste Beamte der „freien" Gewerkschaften, Reichstagsabgeordneter Legien, über die „Deutsche Gewerkschaftsbewegung". Die „Neue Augsburger Zeitung" meldet darüber:

Wer die Veranstaltung in der Erwartung besucht hatte, eine rein sachliche Abhandlung zu hören, sah sich schwer getäuscht. Herr Legien konnte nicht aus seiner Haut, und so mußten die Zuhörer die schönsten sozialdemokratischen Kraftsprüche über sich ergehen lassen. Die Veranstalter des Abends machten auch sehr erstaunte Mienen, als sie Herrn Legien so ungeniert politische Propaganda treiben sahen. Und doch muß man Herrn Legien dankbar sein für seine Offenheit, mit der er darlegte, daß Sozialdemokratie und „freie" Gewerkschaftsbewegung in ihren Zielen keinen Unterschied kennen. Unser Ziel ist, so führte Herr Legien aus,

„an die Stelle der heutigen Produktionsweise die gesellschaftliche Produktion zu setzen; deshalb stehen wir gemeinsam mit der Sozialdemokratie auf dem Boden des Klassenkampfes und unterhalten mit der sozialdemokratischen Partei eine enge Verbindung aufrecht."

Wir werden uns dieses offene Geständnis merken für die Fälle, wo die Agitatoren der „freien" Gewerkschaften jeden Zusammenhang zwischen Sozialdemokratie und Gewerkschaften leugnen.

Das, was Herr Legien über die christlichen Gewerkschaften der Versammlung vortrug, fand scharfen Widerspruch auch bei einem Teil jener Zuhörer, die nicht die christliche Weltanschauung vertreten. So z. B. seine zynischen Bemerkungen über die katholische Kirche, Peterspfennig usw.

Welche Aufgaben nach der Vorstellung des Herrn Legien der Herrgott zu erfüllen hat, zeigen uns folgende Ausführungen:

„Die christlichen Gewerkschaften behaupten immer, die atheistische (gottesleugnerische) Tendenz der „freien" Gewerkschaften machten es den christlichen Arbeitern unmöglich, in diese Gewerkschaften einzutreten. Nun ist aber doch der liebe Gott der Christen allmächtig, allweise und allgütig, er müßte deshalb doch die christlichen Arbeiter, die doch in den „freien" Gewerkschaften sind, gegen den Atheismus schützen!"

Solchen haarsträubenden Unsinn und solchen giftigen Spott vergaßt der erste Führer der sozialdemokratischen Gewerkschaften vor einem wissenschaftlich gebildeten Auditorium.

In der Diskussion wurde das auch mehr oder minder von den einzelnen Rednern recht scharf kritisiert.

Den Standpunkt der christlichen Gewerkschaften vertrat Funke-München, der die Oberflächlichkeiten des Herrn Legien in das richtige Licht stellte. Sogar Herr Dr. Schulz — ein Parteigenosse des Herrn Legien — erkannte an, daß bei der Stimmung, die in den neunziger Jahren in den „freien" Gewerkschaften geherrscht habe, die Gründung der christlichen Gewerkschaften zu begreifen sei. Allerdings glaubt Herr Schulz: heute habe sich das geändert. Das trifft nun durchaus nicht zu, denn in der Propaganda für die Sozialdemokratie und in Verhöhnung des Christentums wird in den „freien" Gewerkschaften heute noch mehr geleistet, als früher. Deshalb wird auch die Prophezeiung, die Herr Legien zum Schluß aussprach: in absehbarer Zeit werden die Christlichen bei uns landen, nicht eintreffen. Herr Legien hat sich ja im 1905 überzeugen können, daß das stolze Wort, welches er auf dem Gewerkschaftskongreß in Köln sprach: solange ich an der Spitze der Gewerkschaften stehe, werden die christlichen Gewerkschaften nicht als gleichberechtigt anerkannt, nichts als eine Phrase war. Die christlichen Gewerkschaften haben sich ohne die Zustimmung des Herrn Legien Anerkennung verschafft. Heute liegen die Dinge so, daß in Deutschland für die Arbeiter ohne die christlichen Gewerkschaften sehr wenig und gegen sie überhaupt nichts erreicht werden kann. Möge also Herr Legien nach Herzenslust prophezeien, die christlichen Arbeiter werden trotzdem die christlichen Gewerkschaften stärken und so eine starke Macht gegen sozialdemokratische Anmaßungen schaffen.

Aus der ausländischen Arbeiterbewegung.

Ein Gewaltakt gegen die christlichen Gewerkschaften in der Schweiz. Im schweizerischen Brauereigewerbe haben die „Genossen" einen Kampf provoziert zu dem ausgesprochenen Zweck, die verhaßten Christlichen zu erdrosseln. Sie überreichten den Brauereibesitzern einen Tarifvertragsentwurf, der u. a. folgende Forderung enthielt:

„§ 20: Sämtliche in den dem Verbande schweizerischer Brauereien angeschlossenen Betrieben beschäftigten Arbeiter müssen Mitglieder des (sozialdemokratischen) Verbandes der Lebens- und Genußmittelarbeiter sein. Die Einstellung der Arbeiter erfolgt durch Vermittelung des Arbeitsnachweises des letzteren."

Die „Genossen" erstreben also nach bekanntem deutschen Muster das Arbeitsmonopol. Die christlich gesinnten Arbeiter sollen gezwungen werden, entweder gegen ihre Ueberzeugung dem sozialdemokratischen Verbande beizutreten oder Arbeit und Verdienst preiszugeben. Die Unternehmer lehnten diese Forderung ab, wohl weniger aus Liebe zu den christlichen Gewerkschaften, als deshalb nicht vollständig unter die sozialdemokratische Fuchtel zu geraten.

Um den Unternehmern ihre Forderung etwas schmackhafter zu machen, gaben daraufhin die sozialdemokratischen Brauer obigem Paragraphen folgende neue Fassung:

„§ 20: Bei Einstellung von Arbeitskräften ist in erster Linie der Nachweis des (sozialdemokratischen) Verbandes der Lebens- und Genußmittelarbeiter zu berücksichtigen. Arbeitskräfte können erst dann anderweitig bezogen werden, wenn der Arbeitsnachweis des Verbandes der Lebens- und Genußmittelarbeiter nicht imstande ist, die gewünschten Arbeitskräfte zu vermitteln."

Im Grunde genommen bezweckt diese Fassung genau dasselbe, nur daß die eigentliche Absicht der „Genossen" etwas verhüllt wird. Die Brauereibesitzer und der christlich-soziale Gewerkschaftsbund wandten sich darum auch gegen diese neue Fassung. Die „Genossen" hingegen bestanden auf ihrer Forderung. Infolge Vertragsbruchs, begangen durch den sozialdemokratischen Verband, kam es zur Aussperrung, worauf letzterer seinerseits den bereits gefaßten Eventualbeschluß, den Generalstreik im Brauergewerbe zu proklamieren, verwirklichte.

Daß die christlichen Gewerkschaften der Schweiz bestrebt sind, den gegen sie gerichteten brutalen Gewaltakt der Genossen zu vereiteln, versteht sich von selbst. Sie haben dabei nicht nur die vernünftig denkenden Kreise der Schweiz, sondern auch die christlich gesinnte Arbeiterschaft Deutschlands ganz auf ihrer Seite. Gelungen ist, daß die deutsche sozialdemokratische Presse gegenüber den Bemühungen unserer Schweizer Kollegen, die Arbeitsstellen mit nichtsozialdemokratischen Arbeitern zu besetzen, das übliche Geschrei über Streikbruch und Arbeiterverrat erhebt. Die christlichen Arbeiter sollten also dem Bestreben der „Genossen", ihnen das schmerzstillende Halsband umzulegen, ruhig zusehen oder die Bemühungen, die christlichen Gewerkschaften aus der Welt zu schaffen, gar noch unterstützen. Hoffentlich gelingt es unseren Schweizer Kollegen, den Genossen einen ganz gehörigen Denkzettel zu erteilen.

Allgemeine Rundschau.

Soziale Rechtsprechung.

Ein neues Urteil in Sachen der schwarzen Listen. Einen bedeutsamen Prozeß hat der Verband christlicher Tabak- und Zigarrenarbeiter Deutschlands ausgetragen. Es handelt sich um einen fast zwei Jahre zurückliegenden Fall. Der Sachverhalt ist folgender:

Der Kläger, der Vorsitzender der in Bad Orb bestehenden Ortsgruppe des genannten Verbandes ist, erhielt im Sommer 1908 bei der beklagten Firma H. Rieger u. Co. seine Entlassung, nachdem er im Auftrage seiner Mitarbeiter bei seinem Arbeitgeber wegen eines Lohnabzugs von zwei Pfennig am Hundert Zigarren und wegen schlechten Umblatts für die Anfertigung der Zigarren vorstellig geworden war. Der Kläger brachte die Beschwerde in ruhigem und angemessenem Tone vor. Der Beklagte, der auf Reisen gewesen war, sagte die Nachprüfung der Beschwerden zu. Am folgenden Tage, am 21. Juli 1908, erhielt jedoch der Kläger seine Kündigung. Ebenso wurden seine beiden Kinder entlassen. Letztere erhielten zwar gleich darauf Arbeit bei einer anderen Firma, wurden aber auch hier nach ganz kurzer Zeit wieder entlassen. Auf Befragen erklärte die Firma, sie sei zur Entlassung verpflichtet, weil der Kläger mit seinen beiden Kindern von seiner früheren Arbeitgeberin auf die schwarze Liste gesetzt worden sei. Wie aus den Akten hervorgeht, hatte der Beklagte beim Arbeitgeberverband die Verhängung der Sperre veranlaßt. Erst am 13. September stellte die beklagte Firma folgenden Schein aus: „Wir haben gegen die Einstellung der Zigarrenarbeiter Heinrich und Maria P. . . nichts einzuwenden." Da aber der Vater der beiden Genannten immer noch nicht freigegeben war, erhielt er immer noch keine Arbeit. Der Schaden bestand bei ihm in einem Wochenlohn von 10 M. (er betreibt nebenbei Landwirtschaft) für die Zeit vom 25. Juli 1908 bis zum 24. Oktober 1908; die beiden Kinder hatten einen Lohnausfall von 132,86 M. und 122,60 M. für die Zeit vom 25. Juli 1908 bis zum 14. September 1908. Außerdem sollte die Beklagte die Kosten des Rechtsstreites tragen und 4% Zinsen bezahlen.

Das Landgericht Hanau erkärte den erhobenen Klageanspruch dem Grunde nach für gerechtfertigt. Die Aussperrung der Kinder des Hauptklägers sei „ganz ungerechtfertigt"; ihr einziges Verschulden sei, Kinder des 1. Klägers zu sein. Aber auch gegen diesen sei die Sperre „unbillig und ungerecht"; sie lasse sich nur durch die Stellung des Arbeiters in seinem Verbande erklären. Das sei auch durch die Aussage eines Fabrikanten bestätigt, der sich zu dem Kläger dahin geäußert habe: die Firma würde ihn wieder einstellen, wenn er sein Amt als Vorsitzender der Zahlstelle christlicher Tabak- und Zigarrenarbeiter niederlegte.

Allgemeines.

Wohlfahrtspflege durch die Invalidenversicherung. Vor einigen Wochen hat das Reichsversicherungsamt an die Landesversicherungsanstalten als Träger der Invalidenversicherung ein Rundschreiben gerichtet, in welchem dieser aufgegeben wird, in Zukunft alles zu vermeiden, was die weitere Entwickelung der Vermögenslage der Versicherungsträger ungünstig beeinflussen könnte. Zu diesem Zweck sei 1. auf tunliche Beschränkung aller durch das Invalidenversicherungsgesetz nicht unmittelbar vorgeschriebenen Ausgaben Bedacht zu nehmen. Das gelte von den allgemeinen Verwaltungskosten sowie auch von den Kosten des Heilverfahrens. (!) Insbesondere aber sei 2. fortan regelmäßig Sorge zu tragen, daß die Versicherungsanstalten bei Gewährung von Darlehen in allen Fällen, also auch bei solchen für gemeinnützige Zwecke, eine Verzinsung von mindestens 3½ vom Hundert erzielten.

Einverstanden kann man schon damit sein, wenn eine Verringerung der Verwaltungskosten angestrebt wird — vorausgesetzt, daß das Sparen am richtigen Ende geschieht. Dagegen würde es ein harter Schlag für die Popularität der Invalidenversicherung sein, wollten deren Träger den Anregungen des Reichsversicherungsamts dahin verstehen, daß die segensreiche Wirksamkeit auf dem Gebiete der Heilfürsorge eingeschränkt werden müsse. Das allerbeste, was die Invalidenversicherung leistet, ist doch die Gewährung der Möglichkeit, die durch eine Krankheit oder Entkräftigung bedrohte Arbeitskraft zurückzugewinnen. Die zu diesem Zwecke gemachten Ausgaben liegen ja auch sehr im Interesse der Versicherungsanstalten. Durch ein Heilverfahren wird die Gesundheit und damit die Arbeitsfähigkeit vieler Versicherten wiederhergestellt, die sonst vielleicht jahrelang Invalidenrente bezogen hätten. Gespart kann auf diesem Gebiete aber doch werden, und zwar vornehmlich in der Weise, daß die Landesversicherungsanstalten sich mehr von den kostspieligen Hospitälern und Anstalten freimachen und für Lungenleidende, Nervenkranke und dergleichen mit kleinen Krankenhäusern in gesunden ländlichen Gegenden Abschlüsse machen. Damit würde der den Versicherten und dem Heilzwecke nicht dienliche Kasernenbetrieb vermieden und ein gutes Stück Geld für andere Zwecke freigemacht.

Der Grundsatz, daß die Gelder der Invalidenversicherung eine Verzinsung von 3½ Prozent einbringen sollen, kann im allgemeinen nicht beanstandet werden, denn bei der Beleihung geringerer Wohnhäuser verlangt der private Geldmarkt im allgemeinen mindestens 4, häufig 5, im Durchschnitt wohl 4½ Prozent Zinsen, sodaß also bei Hergabe des Geldes zu 3½ Prozent von dem Geldleiher neben anderen Vergünstigungen immer noch ein Prozent Zinsen gespart wird. Nicht zu teilen ist aber die Auffassung des Reichsversicherungsamts, daß immer und unter allen Umständen eine 3½ prozentige Verzinsung gefordert werden muß, weil eine ganze Reihe von Kapitalanlagen mit dem allgemeinen Maßstabe nicht gemessen werden darf; es sei nur an die Krankenanstalten, die mehr oder minder ausschließlich für die Versicherten eingerichtet worden sind, und an Baugenossenschaften, die nur Miethäuser für kinderreiche Arbeiterfamilien errichten, erinnert.

Sache der Vorstände und Ausschüsse der Landesversicherungsanstalten wird es sein, eine Aussprache über den Erlaß des Reichsversicherungsamts herbeizuführen, den Reformvorschlägen der beamteten Verwaltung mit Vorsicht zu begegnen und eine rückschrittliche Entwickelung der Invalidenversicherung zu verhüten!

Briefkasten.

K. E. Wir glauben, daß wir da die M.-Gladbacher Schule vorziehen müssen.

Wir wünschen dir Glück und Erfolg in deinem Streben. So ist es recht. Stets vorwärts und aufwärts drängen. Gruß.

Versammlungskalender.

Bocholt. 24. Juli, 11¼ Uhr, im Arbeitervereinshause (St. Joseph).
Forst (Lausitz). 2. August, ½9 Uhr, „Zum Prälaten", Gerberstraße.
Gronau. 24. Juli, ½12 Uhr, bei Borlinghaus.
Greiz. 29. Juli, ½9 Uhr, im Golla's-Lokal, Hohe-Gasse.
M.-Gladbach-Blumenberg. 24. Juli, ½11 Uhr, bei Joh. Schumacher (im Turm), Generalversammlung.
M.-Gladbach-Waldhausen. 23. Juli, bei Rieken, Waldhauserstr., Generalversammlung.
Hinsbeck. 31. Juli, 11 Uhr, bei Wtw. Hahnen, Generalversammlung.
Hösen. 24. Juli, bei Förster, gleich nach dem Hochamte.
Impenbroich. 24. Juli, 5 Uhr, bei Dagobert Boell, zu Conzen, Generalversammlung.
Kalterherberg. 24. Juli, 11 Uhr, bei Egidius Hermanns.
Leuth b. Kaldenkirchen. 24. Juli, 6 Uhr, bei Albert Houben, Zimmer unten rechts.
Mesum. 24. Juli, 6 Uhr, bei Felix Kamp.
Neuwerk. 23. Juli, 9 Uhr, bei Anton Rommerskirchen, außerordentliche Generalversammlung.
Odenkirchen. 31. Juli, ½11 Uhr, im Deutschen Eck, Generalversammlung.
Sorau N.-L. 27. Juli, 8¼ Uhr, auf dem Weinberg.
Schiefbahn. 24. Juli, 11 Uhr, bei Heinrich Kaiser.
Werden a. d. Rhr. 23. Juli, 8 Uhr, zur Krone, a. Markt.
Willich. 24. Juli, 5 Uhr, bei Math. Nitges.
Wassenberg. 21. Juli, 6 Uhr, bei Max Graab, Waldhotel, Generalversammlung.
— 24. Juli, 4 Uhr, bei Max Graab, Waldhotel, Sommerfest.

Adressenänderung.

Die Adresse des Straßburger Sekretariats lautet seit 1. Juli:

Wilh. Röhling, Straßburg Gr. i. Elf.
Dachsteinerstr. 2.

Sterbe-Tafel.

Es starben die Verbandsmitglieder:

H. Schlicks in Kempen.
Jakob Lay in Krefeld.
Bernhard Nienhaus in Rhede.
Hermann Schmitz in Hüls.
Heinrich Osterhues in Greven.
Helene Bonsels in Geldern.

Ehre ihrem Andenken!

Literarisches.

Protokoll des V. Internationalen Kongresses christlicher Textilarbeiter-Organisationen. Das Protokoll dieses bedeutsamen Kongresses — abgehalten vom 28. bis 31. März in Mailand — ist soeben erschienen. Es enthält über den Stand der christlichen Textilarbeiterbewegung in den verschiedensten Ländern, über die Arbeitslosigkeit und die Arbeitslosenversicherung, über Arbeitskammern sowie über verschiedene andere Gebiete vorzügliches Material. Die Ortsgruppen und alle, die sich für die internationale christliche Textilarbeiterbewegung interessieren, mögen unumgänglich ihre Bestellungen machen. Die 96 Seiten starke Broschüre kostet nur 20 Pfennig. Zu beziehen von unserer Zentrale und vom Verlage: Christlicher Gewerkschaftsverlag, Cöln, Palmstr. 14.